

Visual Library Portal

Inhouse-Digitalisierung

Die Entstehung des Weltkrieges im Lichte der Veröffentlichungen der Dreiverbandmächte

Helfferich, Karl

Berlin, 1915

urn:nbn:de:s2w-6408

14. II 1915.

Die Entstehung des Weltkrieges

im Lichte der Veröffentlichungen
der Dreiverbandmächte

von

Dr. Karl Helfferich



Verlag von Georg Stilke, Berlin NW. 7
Hofbuchhändler Sr. Kaiserlichen u. Königlichen Hoheit des Kronprinzen
1915.

J. Kitzinger, Antiquar.
München, Schellingstr. 25
Lager-Nr.

0, 15921

Die Entstehung des Weltkrieges

im Lichte der Veröffentlichungen
der Dreiverbandmächte

von

Dr. Karl Helfferich



Verlag von Georg Stilke, Berlin NW.7

Hofbuchhändler Sr. Kaiserlichen u. Königlichen Hoheit des Kronprinzen

1915.

Die Entstehung
des Weltkrieges
im Lichte der Verhältnisse
der Dreiverhandlungen

von
Dr. Karl Helfferich

Alle Rechte, insbesondere das der Uebersetzung, vorbehalten.
Copyright 1915 by Georg Stilke, Berlin.



Verlag von Georg Stilke, Berlin NW. 7.
1915.

Die Regierungen Englands, Russlands und Frankreichs haben geglaubt, durch die Veröffentlichung ihres diplomatischen Schriftwechsels aus den Tagen vor dem Ausbruch des Weltkrieges vor den Augen ihrer eigenen Völker und der gesamten Kulturwelt den Beweis führen zu können, dass die Schuld an dem gewaltigsten Blutvergiessen, das jemals die Erde erlebt hat, lediglich auf das „kriegslüsterne Deutschland“ entfällt, und dass sie ihrerseits alles getan haben, um die Katastrophe zu vermeiden. England hat ein Blaubuch, Russland ein Orangebuch, Frankreich ein Gelbbuch der Öffentlichkeit übergeben. Eine Reihe von Anzeichen sprechen dafür, dass diese Veröffentlichungen, die sich den Anschein der Vollständigkeit geben, wichtige Lücken aufweisen, und speziell im Falle des französischen Gelbbuches kann der Nachweis als erbracht angesehen werden, dass gewisse dort wiedergegebene Dokumente nachträglich fabriziert worden sind.¹⁾ Trotzdem

¹⁾ So enthält das Gelbbuch in seinem I. Kapitel, betitelt „avertissements“, eine Reihe von Dokumenten, die, vom März 1913 beginnend, die Zunahme der Kriegsstimmung in Deutschland beweisen sollen. Darunter befindet sich als No. 5 eine vom 30. Juli 1913 datierte Aufzeichnung des französischen Ministeriums des Auswärtigen, in der es heisst:

„M. von Kiderlen fut l'homme le plus haï de l'Allemagne, l'hiver dernier. Cependant il commence à n'être plus que déconsidéré, car il laisse entendre qu'il prendra sa revanche“ (Herr von Kiderlen war im letzten Winter der bestgehasste Mann in Deutschland. Indessen fängt er an nur noch missachtet (statt gehasst) zu sein, denn er gibt zu verstehen, dass er seine Rache (für Marokko) nehmen wird).

Staatssekretär von Kiderlen, der hiernach im Juli 1913 anfang auf Rache zu sinnen, war bereits im Dezember 1912 gestorben, eine Tatsache, die demjenigen Beamten des Quai d'Orsay, der dieses Gelbbuchdokument nachträglich fabriziert hat, offenbar nicht gegenwärtig war.

Ein ähnliches Missgeschick ist mit einer Aufzeichnung passiert, die nach dem englischen Blaubuch Herr Paul Cambon, französischer Botschafter in London, angeblich am 30. Juli 1914 dem englischen Staatssekretär des Aeussern überreicht hat, und deren Inhalt sich

verdienen die Veröffentlichungen ein sorgfältiges vergleichendes Studium.

Es soll hier nicht der Versuch gemacht werden, den ausserordentlich verwickelten diplomatischen Kreuz- und Querzügen, die dem Ausbruch des Krieges vorangingen, in allen ihren Einzelheiten nachzugehen. Vielmehr kommt es hier nur darauf an, die wichtigsten Vorgänge, die den Krieg herbeigeführt haben, an der Hand der von den Dreiverbandsmächten selbst gelieferten Beweisstücke vor der Welt darzulegen.

Zu diesem Zwecke sollen zunächst diejenigen Schritte festgestellt werden, die den Kriegsausbruch unmittelbar veranlasst haben. Hiervon ausgehend sollen die Fäden nach rückwärts verfolgt und nach Möglichkeit entwirrt werden.

Der Brandstifter.

Ueber den unmittelbaren Anlass zum Kriegsausbruch kann ein Zweifel nicht bestehen. Der Anlass war die am 31. Juli frühmorgens von dem Zaren angeordnete allgemeine Mobilmachung der russischen Streitkräfte zu Wasser und zu Lande und die Weigerung Russlands, diese Massnahme, dem Verlangen Deutschlands entsprechend, rückgängig zu machen.

Es ist wichtig, gleich hier festzustellen, dass die russische Regierung sich darüber vollkommen im klaren war, dass die Anordnung der allgemeinen Mobilmachung und die Aufrechterhaltung dieser Massnahme den Krieg mit Deutschland unvermeidlich machen musste. Auf offiziellem und inoffiziellem Wege ist der russischen Regierung rechtzeitig mit allem Nachdruck klar gemacht worden, dass eine russische allgemeine Mobilmachung gleichbedeutend mit der deutschen Mobilmachung, und die deutsche Mobilmachung gleichbedeutend mit

auf die deutschen militärischen Vorbereitungen an der elsass-lothringischen Grenze bezieht (Blaubuch No. 105, Anlage 3). Durch die Datierung dieser Note vom 30. Juli soll der Eindruck erweckt werden, als ob damals und bereits in den Tagen vorher die deutschen Truppen schon hart an der Grenze gestanden und durch Patrouillen die Grenze sogar überschritten hätten. Die Notiz beginnt im Wortlaut der dritten Ausgabe des Blaubuches: „L'armée allemande a ses avant-postes sur nos bornes-frontières, hier par deux fois des patrouilles allemandes ont pénétré sur notre territoire“ (die deutsche Armee hat ihre Vorposten an unserer Grenze, gestern sind deutsche Patrouillen zweimal in unser Gebiet eingedrungen).

„Gestern“ heisst in einer am 30. Juli überreichten Notiz natürlich der 29. Juli. Der 29. Juli war ein Mittwoch. In dem ersten Druck des Blaubuchs hiess aber „hier, vendredi“ (gestern, Freitag); der vendredi ist erst später, als man die Unstimmigkeit bemerkte, gestrichen worden. Hieraus ergibt sich, dass die angeblich am 30. Juli überreichte Notiz überhaupt erst am Sonnabend, 1. August, verfasst sein kann, ganz abgesehen davon, dass weder am 29. noch am 31. Juli eine Grenzüberschreitung stattgefunden hat.

dem Kriege sei.²⁾ Die Gründe sind auf der Hand liegend und durchschlagend. Deutschland konnte angesichts der Gefahr eines Krieges nach mehreren Fronten, sobald sich die Situation bis zur allgemeinen russischen Mobilmachung zuspitzte, unmöglich auf den Zeitvorsprung verzichten, den ihm die raschere Mobilisierung der eigenen Streitkräfte sicherte. Ein beiderseitiges Mobilisieren und dann ein abwartendes Sichgegenüberstehen konnte für Deutschland aus diesem zwingenden Grunde der Selbsterhaltung nicht einen Augenblick in Frage kommen.

Als Beweis dafür, dass diese Auffassung auch von den Verbündeten Russlands als ganz selbstverständlich anerkannt wurde, sei auf den Bericht des englischen Botschafters in Petersburg, Sir G. Buchanan, vom 25. Juli hingewiesen (Blaublauch No. 17). Buchanan berichtet über eine Unterredung mit dem russischen Minister des Aeusseren Herrn Sasonoff:

"I said all I could to impress prudence on the Minister for Foreign Affairs, and warned him that, if Russia mobilised, Germany would not be content with mere mobilisation, or give Russia time to carry out hers, but would probably declare war at once." (Ich sagte alles, was ich konnte, um dem Minister des Auswärtigen Vorsicht nahezu legen, und warnte ihn, dass im Falle einer russischen Mobilisation Deutschland sich nicht auf eine bloße Mobilisation beschränken oder Rußland Zeit zur Durchführung der seinigen geben, sondern sofort den Krieg erklären würde.)

Noch in letzter Stunde hat der deutsche Kaiser in Person den Zaren in seinem Telegramm vom 30. Juli, 1 Uhr nachmittags, auf „die Gefahren und schweren Konsequenzen einer Mobilisation“ hingewiesen.

Die russische Regierung und der Zar mußten also bei der Anordnung der allgemeinen Mobilmachung, die am 31. Juli erfolgte, sich vollkommen klar darüber sein, daß diese Anordnung den Krieg bedeutete.

Wenn hiermit die unmittelbare Veranlassung zum Kriegsausbruch festgestellt ist, so erhebt sich die Frage, durch welche Gründe die allgemeine russische Mobilmachung veranlaßt war.

Man ist es den Trägern der Verantwortung für die entscheidenden Massnahmen schuldig, zunächst die Gründe zu prüfen, die sie selbst angeben.

²⁾ Nach dem deutschen Weissbuch wurde der deutsche Botschafter in Petersburg am 26. Juli angewiesen, der russischen Regierung eine Erklärung abzugeben, in der es hiess:

„Vorbereitende militärische Massnahmen Russlands werden uns zu Gegenmassnahmen zwingen, die in der Mobilisierung der Armee bestehen müssen. Die Mobilisierung aber bedeutet den Krieg.“

Hören wir zuerst den Zaren.

In seinem Telegramm an den deutschen Kaiser vom 30. Juli, 1,20 Uhr Nachmittags, findet sich noch keine Andeutung von der bevorstehenden allgemeinen Mobilmachung, sondern nur eine Bezugnahme auf die gegen Oesterreich-Ungarn eingeleiteten Massnahmen:

„Die jetzt in Kraft tretenden militärischen Massnahmen sind schon vor 5 Tagen beschlossen worden, und zwar aus Gründen der Verteidigung gegen die Vorbereitungen Oesterreich-Ungarns.“

Mit diesem Telegramm hatte sich das oben angeführte Telegramm des deutschen Kaisers gekreuzt, das auf die schweren Konsequenzen einer russischen Mobilmachung aufmerksam machte und das ausserdem die Befürchtung aussprach, dass auch eine ausschliesslich gegen Oesterreich-Ungarn gerichtete Mobilisation die von dem Kaiser auf Wunsch des Zaren übernommene Vermittlerrolle gefährde, wenn nicht unmöglich mache. Der Zar antwortete am 31. Juli, 2 Uhr nachmittags, zu einer Stunde, als der allgemeine Mobilisierungsbefehl an die gesamte russische Streitmacht bereits ergangen war:

„Es ist technisch unmöglich, unsere militärischen Vorbereitungen einzustellen, die durch Oesterreich-Ungarns Mobilisierung notwendig geworden sind.“

Entweder ist mit dem Ausdruck „unsere militärischen Vorbereitungen“ nur die Teilmobilisation gegen Oesterreich-Ungarn gemeint; dann ignorierte der Zar in diesem Telegramm an den deutschen Kaiser die bereits vollzogene und gegen Deutschland gerichtete allgemeine Mobilmachung, was allerdings das einfachste Mittel war, eine Begründung zu ersparen. Oder aber „unsere militärischen Vorbereitungen“ bedeutete die allgemeine Mobilmachung; dann wusste der Zar als Begründung für diesen entscheidenden Schritt nur die militärischen Massnahmen Oesterreich-Ungarns anzuführen.

Hören wir nunmehr den russischen Minister des Auswärtigen.

Ueber die von diesem angegebenen Gründe berichtete der französische Botschafter in Petersburg am 31. Juli an seine Regierung:

„En raison de la mobilisation générale de l'Autriche et des mesures de mobilisation prises secrètement, mais d'une manière continue, par l'Allemagne depuis six jours, l'ordre de mobilisation générale de l'armée russe a été donné.“ (Auf Grund der allgemeinen Mobilmachung Oesterreich-Ungarns und der Mobilisationsmassnahmen, die Deutschland seit 6 Tagen heimlich aber andauernd ergriffen hat, ist der Befehl zur allgemeinen Mobilmachung der russischen Armee gegeben worden. (Gelbbuch Nr. 118.)

Am gleichen Tage berichtete der englische Botschafter in Petersburg an Sir Edward Grey (Blaubuch Nr. 113), die allgemeine Mobilmachung sei angeordnet worden infolge eines Berichtes des russischen Botschafters in Wien, dass Oesterreich-Ungarn entschlossen sei, eine Intervention der Mächte nicht zu dulden, und dass es Truppen nicht nur gegen Serbien, sondern auch gegen Russland in Bewegung setze. Hinzugefügt wird: "Russia has also reason to believe that Germany is making active military preparations, and she cannot afford to let her get a start" (Russland hat auch Grund zu der Annahme, dass Deutschland aktive militärische Vorbereitungen trifft, und es kann nicht zugeben, dass ihm Deutschland zuvorkommt).

Im russischen Orangebuch selbst wird man vergeblich nach dem Grunde für die allgemeine Mobilmachung suchen. Die ohne Zweifel doch erfolgten Mitteilungen dieses entscheidenden Schrittes an die russischen Botschafter im Auslande werden im Orangebuch nicht wiedergegeben, und der Leser erfährt von der Tatsache der russischen Mobilmachung gegen Deutschland erst durch das Zirkulartelegramm, in dem Sasonoff den russischen Missionschefs die Forderung Deutschlands auf Rückgängigmachung der Mobilmachung mitteilt.

Was ist nun von den aus den englischen und französischen Botschaftsberichten und den Telegrammen des Zaren an den deutschen Kaiser sich ergebenden Gründen für die allgemeine russische Mobilmachung zu halten?

1) Die allgemeine russische Mobilmachung als Antwort auf die militärischen Massnahmen Oesterreich-Ungarns. — Um gegen die angeblichen militärischen Vorbereitungen Oesterreich-Ungarns gegen Russland eine Deckung zu schaffen, waren bereits am 29. Juli 13 Armeekorps von Russland mobilisiert worden (Bericht des französischen Botschafters in Petersburg vom 29. Juli, Gelbbuch No. 100). Die Mobilisierung in den Bezirken Odessa, Kiew, Moskau und Kasan war durch den russischen Botschafter in Berlin der deutschen Regierung mitgeteilt worden mit der Begründung, dass diese Massnahme die Antwort sei auf die Kriegserklärung Oesterreich-Ungarns an Serbien, die tags zuvor erfolgt war, und auf die „mesures de mobilisation déjà appliquées à la plus grande partie de l'armée austro-hongroise“ (Gelbbuch No. 95). In Wirklichkeit hatte Oesterreich-Ungarn bis zum Zeitpunkt der allgemeinen russischen Mobilmachung nur 8 Armeekorps mobilisiert. Im Gegensatz zu der Behauptung in dem Bericht des französischen Botschafters in Petersburg vom 31. Juli (Gelbbuch Nr. 118)³⁾ war eine allgemeine Mobilmachung in

³⁾ Diese falsche, von russischer Seite selbst niemals vertretene Behauptung von der allgemeinen österreichischen Mobilisation, die ihrerseits Russland zur allgemeinen Mobilmachung veranlasst habe,

Oesterreich-Ungarn im Augenblick der russischen allgemeinen Mobilmachung noch nicht angeordnet worden. Eine solche Anordnung erfolgte vielmehr erst als Antwort auf die russische allgemeine Mobilmachung im Verlauf des 31. Juli. Die von Russland am 29. Juli angeordnete Mobilisierung von 13 Armeekorps war als Gegenmassnahme gegen die Mobilisierung von 8 österreichisch-ungarischen Korps bereits übertrieben und herausfordernd. Von seiten der Donaumonarchie war nach dem 29. Juli nichts geschehen, was für Russland hätte Veranlassung bieten können, von der sehr weitgehenden partiellen Mobilmachung zu der den Krieg unvermeidlich machenden allgemeinen Mobilmachung überzugehen.

2) Die angeblichen militärischen Vorbereitungen Deutschlands gegenüber Russland. — Der russische Minister des Auswärtigen hat in jener kritischen Zeit täglich mehrfach den deutschen Botschafter bei sich gesehen und gesprochen. Wenn die russische Regierung Kenntnis zu haben glaubte von Mobilmachungsmassnahmen, die Deutschland angeblich bereits seit 6 Tagen, also seit dem 25. Juli, ergriffen hatte (Gelbbuch No. 118), so wäre nichts natürlicher gewesen, als dass Herr Sasonoff den Grafen Pourtalès wegen dieser angeblichen Mobilmachungsmassnahmen um Aufklärung gebeten oder ihn darauf hingewiesen hätte, dass solche Massnahmen nicht ohne Gegenmassnahmen von russischer Seite bleiben könnten. Ein Hinweis Sasonoffs auf diese angeblichen deutschen Vorbereitungen wäre umsomehr gegeben gewesen, als Graf Pourtalès in jenen Tagen wiederholt auf die Gefahren der russischen militärischen Vorbereitungen aufmerksam gemacht hat. So am 29. Juli, mit dem Ergebnis, dass Sasonoff sich darauf beschränkte zu antworten „que les préparatifs russes sont motivés: d'un côté, par l'intransigeance obstinée de l'Autriche, d'autre part, par le fait que huit corps austro-hongrois sont déjà mobilisés“ (die russischen Vorbereitungen seien motiviert einerseits durch die hartnäckige Intransigenz Oesterreich-Ungarns, andererseits durch die Tatsache, dass acht österreich-ungarische Armeekorps bereits mobilisiert seien) (Gelbbuch No. 100). Auch am 30. Juli ist Graf Pourtalès auf die russischen Vorbereitungen zurückgekommen, ohne dass Sasonoff sich veranlasst gesehen hätte, eine Gegenfrage wegen der angeblichen deutschen Mobilmachungsmassnahmen zu stellen (Gelbbuch No. 103). Auch der Zar erwähnte in seinen Telegrammen an den deutschen Kaiser zu keiner Zeit und an keiner Stelle irgend etwas von den deutschen militärischen

kehrt in dem französischen Gelbbuch an verschiedenen Stellen wieder; so in einer Zirkularnote Vivianis vom 1. August (No. 127); „l'Autriche a, la première, procédé à une mobilisation générale“ (Oesterreich ist zuerst mit einer allgemeinen Mobilmachung vorgegangen).

Massnahmen, die nach der Darstellung seiner Regierung einen Grund zur russischen allgemeinen Mobilmachung gebildet haben sollen.

Die Unwahrhaftigkeit der Begründung der russischen allgemeinen Mobilmachung mit deutschen Massnahmen wird völlig klar gestellt durch die Tatsache, dass das französische Gelbbuch bestätigt (No. 102), dass der russische Generalstabschef dem deutschen Militärbevollmächtigten noch am 29. Juli sein Ehrenwort gegeben hat, dass die militärischen Massnahmen Russlands ausschliesslich gegen Oesterreich-Ungarn, nicht auch gegen Deutschland gerichtet seien. Wenn Russland von militärischen Massnahmen Deutschlands zu wissen glaubte, hätte dann der russische Generalstabschef irgendeine Veranlassung zu einem solchen Ehrenwort gehabt? Und wenn nachträglich der russischen Regierung Mitteilungen über bedrohliche deutsche militärische Vorbereitungen zugegangen wären — wie dies Herr Sasonoff zwar gegenüber dem französischen und englischen Botschafter, niemals aber gegenüber dem deutschen Botschafter behauptete —, hätte dann nicht der russische Generalstabschef auf Grund des gegebenen Ehrenwortes die dringendste Veranlassung gehabt, sich gegenüber dem deutschen Militärbevollmächtigten über die durch solche Nachrichten veränderte Situation auszusprechen, und dies bevor der nicht mehr gut zu machende Schritt der allgemeinen russischen Mobilmachung erfolgte? Nichts von alledem ist geschehen. Russland hat seine allgemeine Mobilmachung lediglich dritten Mächten gegenüber mit den angeblichen deutschen Massnahmen begründet, gegenüber dem deutschen Kaiser, dem deutschen Botschafter und dem deutschen Militärbevollmächtigten jedoch niemals ein Wort der Anfrage, geschweige denn der Beschwerde über die angeblichen deutschen Vorbereitungen verlauten lassen, vielmehr stets beruhigende Versicherungen abgegeben.

3) Die Weigerung Oesterreich-Ungarns, eine Intervention der Mächte zuzulassen. — Diese von dem englischen Botschafter nach London übermittelte Begründung wirkt geradezu grotesk im Zusammenhalt mit der Tatsache, dass einmal ein neuer von Sir Edward Grey ausgehender Vermittlungsvorschlag von der deutschen Regierung an die österreichisch-ungarische Regierung tags zuvor weitergegeben worden war und dass die Antwort Oesterreichs auf diesen Vorschlag noch ausstand; dass ferner am 30. Juli Nachmittags in Wien eine Besprechung zwischen dem Grafen Berchtold und dem russischen Botschafter stattgefunden hatte, die der französische Botschafter in Wien sofort als eine Unterhaltung von hoher Wichtigkeit („un entretien de haute importance“) nach Paris telegraphierte und die nach seiner Ansicht gestattete zu glauben, dass noch nicht jede Aussicht auf eine Lokalisierung des Konflikts verloren sei („permettait de croire

que toute chance de localiser le conflit n'était pas perdue"). (Gelbbuch No. 104.)

Der von Sir Edward Grey am 29. Juli gemachte Vermittlungsvorschlag besagte: Oesterreich-Ungarn soll sich verpflichten, nach der Einnahme von Belgrad und des serbischen Gebiets an der Grenze nicht weiter vorzurücken, während die Mächte versuchen würden zu erreichen, dass Serbien an Oesterreich-Ungarn eine dieser Monarchie genügende Genugtuung gebe. Das von der österreichisch-ungarischen Armee okkupierte Territorium solle nach geleisteter Genugtuung wieder geräumt werden. Sir Edward Grey teilte diesen Vorschlag am 30. Juli dem englischen Botschafter in Petersburg mit und fügte hinzu: "I suggested this yesterday as a possible relief to the situation, and, if it can be obtained, I would earnestly hope that it might be agreed to suspend further military preparations on all sides" (Ich regte dies gestern an als eine mögliche Erleichterung der Situation, und wenn diese erreicht werden kann, würde ich ernstlich hoffen, dass man dahin übereinkommen könnte, weitere militärische Vorbereitungen auf allen Seiten einzustellen). (Blaubuch No. 103.)

Dieser Vorschlag wurde von Deutschland an die österreichisch-ungarische Regierung weitergegeben und befürwortet, desgleichen von dem französischen und englischen Botschafter bei der russischen Regierung (Gelbbuch No. 112). Der Vorschlag war von Oesterreich noch nicht beantwortet und auch Russland hatte noch keine Stellung zu ihm genommen, als die allgemeine russische Mobilmachung erfolgte. Die Behauptung, die allgemeine russische Mobilmachung sei notwendig geworden, weil Oesterreich-Ungarn jede Intervention der Mächte ablehnte (Blaubuch No. 113), steht also im strikten Widerspruch zu dem aus den englischen und französischen Dokumenten sich ergebenden Sachverhalt.

Viel wichtiger als die Tatsache, dass Russland die allgemeine Mobilmachung ausspielte, während seiner und der österreich-ungarischen Regierung ein noch unerledigter englischer Vermittlungsvorschlag vorlag, ist die am Vorabend der russischen allgemeinen Mobilmachung stattgehabte direkte Unterhaltung zwischen dem russischen Botschafter in Wien, Herrn Schebeko, und dem Grafen Berchtold. Es sei daran erinnert, dass, nachdem der erste Konferenzvorschlag Sir Edward Greys auf Schwierigkeiten gestossen war, Sasonoff selbst die Initiative zu direkten Verhandlungen mit Oesterreich-Ungarn ergriffen und dass diese Initiative in Wien zunächst eine Ablehnung gefunden hatte (Blaubuch No. 74). In der Besprechung vom 30. Juli wurden die der direkten Aussprache entgegenstehenden Schwierigkeiten beseitigt. Nach dem angeführten Bericht des französischen Botschafters (Gelbbuch No. 104), dem der russische Botschafter, ebenso wie seinem englischen Kollegen, alsbald nach der Unterredung Mitteilung

machte, haben Herr Schebeko und der Graf Berchtold die bestehenden furchtbaren Schwierigkeiten geprüft mit dem gleichmässig guten Willen, beiderseits annehmbare Lösungen zu finden („avec une égale bonne volonté d'y adapter des solutions réciproquement acceptables“). Der russische Botschafter erklärte, dass die militärischen Vorbereitungen Russlands keinen anderen Zweck hätten, als die Sicherung gegen die österreichisch-ungarischen Massnahmen und die Bekundung der Absicht und des Rechts des Zaren, bei der Regelung der serbischen Frage mitzusprechen. Graf Berchtold antwortete mit der Erklärung, dass die österreichisch-ungarischen Vorbereitungen in Galizien gleichfalls keinerlei Angriffsabsicht entsprungen seien. Von beiden Seiten war man einig, sich dahin zu bemühen, dass die Massnahmen nicht als feindselige Schritte interpretiert würden. Der Bericht des französischen Botschafters fährt dann fort:

„Pour le règlement du conflit austro-serbe il a été convenu que les pourparlers seraient repris à Petersbourg entre M. Sazonoff et le comte Szapary; s'ils ont été interrompus, c'est par suite d'un malentendu du comte Berchtold croyant que le Ministre des Affaires étrangères de Russie réclamait pour son interlocuteur des pouvoirs qui lui permettraient de modifier les termes de l'ultimatum autrichien. Le comte Szapary sera seulement autorisé à discuter quel accommodement serait compatible avec la dignité et le prestige dont les deux Empires ont un souci égal. Ce serait donc, pour le moment, sous cette forme directe et réduite aux deux plus intéressées qu'aurait lieu l'examen que Sir Edw. Grey proposait de confier aux quatre Puissances non directement intéressées. Sir M. de Bunsen, qui se trouvait chez moi, a aussitôt déclaré à M. Schebeko que le Foreign Office approuvera entièrement cette nouvelle procédure“. (Für die Regelung des österreichisch-ungarisch-serbischen Konflikts kam man überein, dass die Besprechungen in Petersburg zwischen Herrn Sazonoff und dem Grafen Szapary wieder aufgenommen werden sollten; wenn diese unterbrochen worden sind, so lag ein Missverständnis zugrunde, indem Graf Berchtold glaubte, der russische Minister des Aeussern verlange für seinen Gegenverhandler Vollmachten, die diesen berechtigen sollten, die Bedingungen des österreichisch-ungarischen Ultimatums zu ändern. Der Graf Szapary soll nur befugt sein zu erörtern, welcher Ausgleich verträglich sein würde mit der Würde und dem Prestige, auf die beide Kaiserreiche in gleicher Weise bedacht seien. In dieser direkten und auf die beiden unmittelbar Interessierten begrenzten Form würde also die Prüfung stattfinden, die Sir Ed. Grey den vier nicht unmittelbar interessierten Mächten zu übertragen vorgeschlagen hatte. Sir M. de Bunsen, der sich bei mir befand, hat Herrn Schebeko alsbald erklärt, dass das Foreign Office dieses neue Vorgehen durchaus billigen werde.)

Am folgenden Tag empfing der russische Botschafter in Berlin die Mitteilung, dass der österreich-ungarische Botschafter in Petersburg die Erklärung des Grafen Berchtold gegenüber Herrn Schebeko bestätigte mit der Erklärung, seine Regierung sei bereit, mit der russischen Regierung die Note an Serbien zu diskutieren, sogar hinsichtlich ihres materiellen Inhalts („que son Gouvernement était prêt à discuter avec le Gouvernement russe la note à la Serbie, même quant au fond“). (Gelbbuch No. 121.)

Die österreichisch-ungarische Regierung hatte also am 30. Juli einen entscheidenden Schritt auf dem Wege der Nachgiebigkeit getan, indem sie die direkten Verhandlungen mit Russland wieder aufnahm und sich dabei bereit erklärte, in eine bisher hartnäckig verweigerte materielle Diskussion der an Serbien gerichteten Note einzutreten. Der Grund dieser entscheidenden Nachgiebigkeit Oesterreich-Ungarns, die für den Augenblick der Krise den akuten Charakter nehmen musste, ergibt sich ohne weiteres, wenn man das deutsche Weissbuch heranzieht. Am 28. Juli hatte der Deutsche Kaiser dem Zaren telegraphiert:

„Eingedenk der herzlichen Freundschaft, die uns beide seit langer Zeit mit festem Band verbindet, setze ich daher meinen ganzen Einfluss ein, um Oesterreich-Ungarn dazu zu bestimmen, eine offene und befriedigende Verständigung mit Russland anzustreben.“

Und in dem Telegramm an den Zaren vom 29. Juli sagte der Deutsche Kaiser:

„Ich glaube, dass eine direkte Verständigung zwischen Deiner Regierung und Wien möglich und wünschenswert ist, eine Verständigung, die — wie ich Dir schon telegraphierte — Meine Regierung mit allen Kräften zu fördern bemüht ist.“

Der Kaiser fügte, wie hier gleich hervorgehoben sei, hinzu: „Natürlich würden militärische Massnahmen Russlands, die Oesterreich-Ungarn als Drohung auffassen könnte, ein Unglück beschleunigen, dass wir beide zu vermeiden wünschen, und würden auch meine Stellung als Vermittler, die ich — auf Deinen Appell an meine Freundschaft und Hilfe — bereitwillig angenommen habe, untergraben.“

Dieser Zusammenhang wird bestätigt durch ein Telegramm Sir Edward Grey's an den englischen Botschafter in Petersburg vom 31. Juli (Blaubuch No. 110), laut welchem der deutsche Botschafter in London an Grey die Mitteilung machte, dass als Ergebnis einer Anregung der deutschen Regierung („as a result of suggestions by the German Government“) eine Aussprache in Wien zwischen dem Grafen Berchtold und Herrn Schebeko stattgefunden habe, und dass der österreichisch-ungarische Botschafter in Petersburg instruiert worden sei, sich mit dem russischen Minister des

Auswärtigen in Verbindung zu setzen, diesem Aufklärungen über das österreichisch-ungarische Ultimatum an Serbien zu geben und alle die österreichisch-ungarisch-russischen Beziehungen betreffenden Anregungen und Fragen zu diskutieren. Sir Edward Grey fügte hinzu, er habe mit grosser Genugtuung von dieser Wiederaufnahme der direkten Aussprache zwischen Oesterreich-Ungarn und Russland Kenntnis genommen.

Im Gegensatz zu den Behauptungen des französischen Gelbbuches, dass Deutschland in keinem Stadium in Wien ernsthaft zu einem versöhnlichen Entgegenkommen geraten habe, steht also fest, dass auf die Intervention des Deutschen Kaisers hin die österreichisch-ungarische Regierung sich am 30. Juli nachmittags dem bisher standhaft abgeschlagenen russischen Wunsch nach einer Diskussion der Note an Serbien fügte. Es wird ferner durch das französische Gelbbuch bezeugt, dass der russische Botschafter in Wien der versöhnlichen Erklärung des Grafen Berchtold den grössten Wert beimass und von dieser Erklärung sofort seine französischen und englischen Kollegen unterrichtete. Es steht ferner nach dem französischen Gelbbuch fest, dass der französische Botschafter in Wien aus dem Entgegenkommen des Grafen Berchtold die Hoffnung auf eine Lokalisierung des Konflikts herleitete und dass der englische Botschafter, ohne erst in London rückzufragen, das vollständige Einverständnis des Foreign Office mit dem zwischen dem Grafen Berchtold und dem russischen Botschafter besprochenen Vorgehen aussprach.

Es ist aber weiter eine Tatsache, dass das russische Orangebuch keine Spur von diesem entscheidenden Entgegenkommen Oesterreich-Ungarns aufweist, und schliesslich, dass dieses entscheidende Entgegenkommen Oesterreich-Ungarns von der russischen Regierung mit der allgemeinen Mobilmachung beantwortet wurde, die den Krieg unvermeidlich machte.

Dazu kommt, dass die allgemeine Mobilmachung den beiden Entente-Genossen Russlands, die das Entgegenkommen Oesterreichs laut ihrer eigenen Dokumente als eine Friedenshoffnung mit grosser Genugtuung begrüsst, gänzlich überraschend kam. Beweis dafür: Am 31. Juli, um 7 Uhr abends, sprach der deutsche Botschafter in Paris bei dem französischen Ministerpräsidenten und Minister des Auswärtigen, Herrn Viviani, vor, um ihm mitzuteilen, dass Deutschland durch die allgemeine russische Mobilmachung gezwungen worden sei, den Zustand der drohenden Kriegsgefahr zu proklamieren und an Russland die Forderung der Demobilisation zu stellen. Darauf hat Herr Viviani geantwortet, „er sei über die angebliche Mobilisation der russischen Armee und Marine in keiner Weise unterrichtet“ („nullement renseigné sur une prétendue mobilisation totale de l'armée et de la flotte russes“) (Gelbbuch No. 117). Auch der englische Botschafter in Paris berichtete noch am späten Abend des 31. Juli an das Foreign Office, dass

seinem Kollegen Iswolsky nicht das mindeste von einer allgemeinen russischen Mobilmachung bekannt sei (Blaubuch No. 117).

Wenn also die von Russland angegebenen Gründe für die plötzliche allgemeine Mobilmachung lediglich durchsichtige Vorwände waren, und wenn Russland die folgenschwere Massnahme, ohne England und Frankreich auch nur zu informieren, in demjenigen Moment über das Knie gebrochen hat, in welchem ein aussichtsvoller englischer Vermittlungsvorschlag unterbreitet worden war und die von Deutschland erreichte Nachgiebigkeit Oesterreich-Ungarns die akute Kriegsgefahr beseitigen musste, so bleibt hierfür nur eine Erklärung:

Die in jenem Augenblick in Russland entscheidenden Persönlichkeiten wollten angesichts der auf deutsches Betreiben zutage tretenden Nachgiebigkeit der österreichisch-ungarischen Regierung alle Brücken zum Frieden abbrechen und den Krieg unvermeidlich machen.

Wenn diese auf der Hand liegende Schlussfolgerung noch einer Bestätigung bedürfte, so wird ihr diese zuteil durch das Verhalten Russlands nach der Ueberreichung des deutschen Ultimatums.

Während Deutschland, das bisher die russische Mobilmachung als Kriegsfall bezeichnet hatte, sich zunächst damit begnügte, den Zustand der drohenden Kriegsgefahr, der noch nicht gleichbedeutend mit Mobilmachung ist, zu proklamieren, und der russischen Regierung 12 Stunden (ablaufend am 1. August mittags) Zeit liess, um ihre Mobilmachung rückgängig zu machen, hat Russland den deutschen Botschafter ohne jede Antwort gelassen, auch nicht irgend einen Versuch gemacht, durch Vermittlung Dritter das Aeusserste abzuwenden, dagegen in der Nacht vom 1. zum 2. August an drei Stellen der preussischen Grenze die Feindseligkeiten eröffnet.

Gegenüber diesem unbestreitbaren Sachverhalt wagt die französische Regierung folgende Darstellung (Zirkularnote der französischen Regierung vom 1. August, Gelbbuch No. 120):

Oesterreich-Ungarn hat sich endlich bereit finden lassen, mit Rußland den Inhalt seines Ultimatums an Serbien materiell zu diskutieren. Russland ist bereit, auf Grund des englischen Vorschlags in Verhandlungen einzutreten („le Gouvernement russe est prêt à entrer en négociation sur la base de la proposition anglaise“). Unglücklicherweise werden diese Aussichten auf eine friedliche Lösung durch das Ultimatum Deutschlands vernichtet, das von Russland die Demobilisation fordert. Das Ultimatum ist ungerechtfertigt, da Russland den englischen Vorschlag, der eine Einstellung der militärischen Vorbereitungen einschliesst, angenommen hat („puisque la Russie a accepté la proposition anglaise qui implique un arrêt des préparatifs militaires de toutes les Puissances“). Deutschlands Haltung beweist, daß es den Krieg will.

Leichteren Herzens kann werdende Geschichte wohl nicht gefälscht werden.

Richtig ist allerdings, daß Oesterreich-Ungarn sich nachgiebig zeigte und damit alle Berechtigung gab, auf die Erhaltung des Friedens zu hoffen. Aber die französische Zirkularnote verschweigt, dass diese Nachgiebigkeit auf Deutschlands Einwirkung zurückzuführen ist; der französische Minister des Aeußern hatte sogar die Stirn, am 4. August vor der Deputiertenkammer zu erklären, Deutschland habe sich — vom 24. Juli an bis zu seinem am 31. Juli unter dem Vorwand (!) der von Rußland angeordneten allgemeinen Mobilmachung gestellten Ultimatum — durch keinerlei positive Handlung an den Friedensbemühungen des Dreiverbands beteiligt (Gelbbuch No. 159).

Falsch ist, dass Russland den englischen Vorschlag, der die Einstellung der militärischen Vorbereitungen bei allen Mächten enthalten habe, angenommen und damit dem deutschen Ultimatum im voraus die Berechtigung entzogen habe. Zunächst enthielt der englische Vorschlag, der oben angeführt ist (Blaubuch No. 103), nicht die Bedingung der Einstellung aller militärischen Vorbereitungen, sondern Sir Edward Grey hatte lediglich die ernste Hoffnung ausgesprochen, dass bei Annahme seines Vorschlags die militärischen Vorbereitungen von allen Seiten eingestellt würden. Ferner hat Russland den englischen Vorschlag nicht angenommen, weder vor noch nach der Ueberreichung des deutschen Ultimatus; die Zirkularnote Vivianis (Gelbbuch No. 120), die in ihrem Absatz 5 die vollzogene Annahme des englischen Vorschlags behauptet, sagt selbst in ihrem Absatz 4, die russische Regierung sei „prêt à entrer en négociation sur la base de la proposition anglaise“, und zwischen der Annahme eines Vorschlags und der Bereitschaft auf dessen Basis zu verhandeln, besteht eben doch ein Unterschied. Russlands auswärtiger Minister hat sich aber in Wirklichkeit nicht einmal bereit erklärt, auf Basis des englischen Vorschlags in Verhandlungen einzutreten; er hat vielmehr dem englischen Botschafter einen Gegenvorschlag gemacht, der sich von dem englischen Vorschlag wesentlich unterschied, wie folgende Gegenüberstellung zeigt:

Russischer Gegenvorschlag

(Orangebuch Nr. 67).

Si l'Autriche consent à arrêter la marche de ses armées sur le territoire serbe (wenn Oesterreich zustimmt, den Vormarsch seiner Armeen auf dem serbischen Territorium anzuhalten)

Englischer Vorschlag

(Blaubuch No. 103).

Austria, after taking Belgrade and Servian territory in region of frontier, to promise not to advance further (Oesterreich soll versprechen, nach Einnahme von Belgrad und des serbischen Territoriums in der Gegend der Grenze nicht weiter vorzurücken)

et si, reconnaissant que le conflit austro-serbe a assumé le caractère d'une question européenne, (und wenn, anerkennend, dass der österreichisch-serbische Konflikt den Charakter einer europäischen Frage angenommen hat)

elle admet que les Grandes Puissances examinent la satisfaction que la Serbie pourrait accorder au Gouvernement d'Autriche-Hongrie (Oesterreich zugibt, dass die Grossmächte die Genugtuung prüfen, die Serbien der österreichisch-ungarischen Regierung gewähren könnte)

sans laisser porter atteinte à ses droits d'Etat souverain et à son indépendance, (ohne seine Rechte als souveräner Staat und seine Unabhängigkeit zu berühren)

la Russie s'engage à conserver son attitude expectante (verpflichtet sich Russland, seine abwartende Haltung beizubehalten)

— welche abwartende Haltung bisher in dem Fortschreiten der kriegerischen Vorbereitungen bis zur allgemeinen Mobilmachung bestanden hatte —.

Einen solchen durch eine geradezu klassische Naivität sich auszeichnenden Gegenvorschlag nennt die französische Regierung vor ihren diplomatischen Vertretern, vor ihrer Kammer und der Kulturwelt: die Annahme des englischen Vorschlags, der die Einstellung der militärischen Vorbereitungen einschloss.

Dass Russland garnicht daran dachte, seine militärischen Vorbereitungen einzustellen, bestätigte Herr Sasonoff übrigens noch ganz ausdrücklich am 31. Juli, bei der Präsentation

= diese Anerkennung hatte Sir Edw. Grey nicht verlangt, und die österreichisch-ungarische Regierung hatte sich stets geweigert, ihren Konflikt mit Serbien als eine europäische Frage behandeln zu lassen =

while Powers endeavoured to arrange that Servia should give satisfaction sufficient to pacify Austria (während die Mächte versuchen sollten zu erreichen, dass Serbien eine Oesterreich zufriedensstellende Genugtuung gibt)

= dieser Vorbehalt, der übrigens durch Erklärungen der österreichisch-ungarischen Regierung bereits erfüllt war, figurierte in dem englischen Vorschlag nicht, vielmehr war dort nur vorgesehen, dass Oesterreich-Ungarn nach erhaltenen Genugtuung die besetzten serbischen Gebiete wieder räumen sollte = (Territory occupied would, of course, be evacuated when Austria was satisfied)

seines Gegenvorschlages, dem englischen Botschafter, indem er erklärte, „it was, of course, impossible to stop a mobilisation which was already in progress“ (es sei natürlich unmöglich, eine Mobilmachung, die schon im Fortschreiten sei, aufzuhalten).

Keine noch so ungenierte Verdrehung kann also die Tatsache verdunkeln, dass Russland, unmittelbar nachdem durch das von Deutschland veranlasste österreichisch-ungarische Entgegenkommen die Hoffnung auf Erhaltung des Friedens von neuem Platz griff, ohne vorherige Benachrichtigung, weder seiner Gegner, noch seiner Verbündeten die den Krieg besiegelnde allgemeine Mobilmachung überstürzte, während Deutschland mit seinen Gegenmassnahmen bis an die Grenze der Selbsterhaltung zurückhielt. Die massgebenden Kreise Russlands haben den Krieg gewollt und haben ihn mit verdoppelter Brutalität gewollt, als sich die Aussicht auf einen friedlichen Ausgleich erschloss.

Die Mitschuldigen.

Wenn sich aus den vorstehenden Ausführungen, die samt und sonders nur auf Dokumenten der Dreiverbands-Regierungen beruhen, die unumstössliche Sicherheit ergibt, dass die massgebenden Persönlichkeiten Russlands den Krieg gewollt und erzwungen haben, so entsteht die Frage, wie dieser mit einer weltenschweren Verantwortung behaftete Entschluss zustande kommen konnte.

Der zwingende Grund der Selbsterhaltung scheidet aus, denn Russland war von niemandem bedroht.

Der Schutz Serbiens scheidet gleichfalls aus; denn abgesehen davon, dass Serbien in keinem Russland politisch oder moralisch verpflichtenden Schutzverhältnisse stand, hatte Oesterreich gegenüber verschiedenen Grossmächten sich zur Wahrung der territorialen Integrität und der Souveränität Serbiens verpflichtet.

Sogar die Erhaltung des russischen Prestiges auf dem Balkan war nach dem von Oesterreich-Ungarn angebotenen Entgegenkommen keine Sache mehr, die den Appell an die Waffen begründen konnte.

Die Herbeiführung des Krieges war also für Russland eine reine Opportunitätsfrage. In Ermangelung zwingender Gründe konnte die Entscheidung für den Krieg nur herbeigeführt werden durch die Ueberzeugung: die Gelegenheit ist günstig, diejenigen Grossmächte niederzuzwingen, welche den massgebenden russischen Persönlichkeiten als Hindernis auf dem Wege ihrer Politik erschienen.

Auf sich allein gestellt, hätte Russland den Krieg mit Oesterreich-Ungarn und Deutschland äusserstenfalls in Verteidigung nationaler Lebensinteressen, niemals aber aus der Abwägung der Wahrscheinlichkeit des Erfolges gewagt. Nur

die Sicherheit der aktiven Mitwirkung anderer Grossmächte konnte also den leitenden Kreisen Russlands den Entschluss zum Kriege ermöglichen. Die Haltung der beiden anderen Mächte des dreifachen Einvernehmens musste also für die russischen Entschlüsse von entscheidendem Einfluss sein.

Hierfür enthalten die Dokumente der Dreiverbands-Regierungen die Bestätigung.

Die Mitwirkung Frankreichs war keineswegs a priori sicher, geschweige denn die Mitwirkung Englands. Der französisch-russische Bündnisvertrag verpflichtete Frankreich nicht zu einer unbedingten Kriegsgefolgschaft gegenüber Russland, und zwischen Russland und England bestanden keinerlei präzise Abmachungen. Bei dem österreichisch-ungarisch-serbischen Konflikt, der aus der Ermordung des österreichisch-ungarischen Thronfolgers und seiner Gemahlin entstanden war, konnten die Sympathien der nicht unmittelbar Beteiligten nur auf der Seite Oesterreich-Ungarns sein. Darüber war man sich auch in Russland klar, und diese Klarheit äußerte sich darin, dass die russische Regierung nach der Uebergabe der österreichisch-ungarischen Note an Serbien zunächst eine gewisse Vorsicht an den Tag legte.

So drahtete der französische Botschafter in Petersburg seiner Regierung am 24. Juli (Gelbbuch No. 31), nachdem Sasonoff von der österreichisch-ungarischen Note an Serbien Kenntnis erhalten hatte, die Dispositionen des Zaren und seiner Minister seien die allerfriedlichsten; und am 25. Juli (Gelbbuch No. 38):

„M. Sasonoff garde toute sa modération: Il faut éviter, m'a-t-il dit, tout ce qui pourrait précipiter la crise. J'estime que, même si le Gouvernement austro-hongrois passait à l'action contre la Serbie, nous ne devions pas rompre les négociations“ (Herr Sasonoff bewahrt seine volle Mässigung: „Man muss, hat er mir gesagt, alles vermeiden, was die Krisis überstürzen könnte. Ich bin der Ansicht, dass, selbst wenn die österreichisch-ungarische Regierung Serbien gegenüber zum gewaltsamen Eingreifen übergehen sollte, wir die Verhandlungen nicht abbrechen dürfen“).

Am 26. Juli schrieb das französische Ministerium des Auswärtigen in einer Zirkularnote (Gelbbuch No. 50):

„De Pétersbourg, nous apprenons que M. Sasonoff a conseillé à la Serbie de demander la médiation anglaise. Dans le Conseil des ministres du 25, tenu en présence de l'Empereur, la mobilisation de treize corps d'armée éventuellement destinés à opérer contre l'Autriche a été envisagée; cette mobilisation ne serait toutefois rendue effective que si l'Autriche contraignait la Serbie par la force des armes, et seulement après avis du Ministre des Affaires Etrangères, à qui le soin incombe de fixer la date, liberté lui étant laissée de continuer les négociations, même dans le cas où Belgrade serait occupée.“ (Aus Petersburg

erfahren wir, dass Herr Sasonoff Serbien geraten hat, die englische Vermittlung zu erbitten. In dem Ministerrat vom 25., der in Gegenwart des Kaisers stattfand, ist die Mobilisation von 13 Armeekorps, die eventuell gegen Oesterreich operieren sollen, ins Auge gefasst worden; diese Mobilisation soll jedoch erst effektiv werden, wenn Oesterreich Serbien mit den Waffen Gewalt antut, und nur nach dem Gutachten des Ministers des Aeussern, dem die Festsetzung des Datums obliegen soll, wobei er die Freiheit hat, die Verhandlungen selbst im Falle der Okkupation Belgrads fortzusetzen.)

Dass diese Mässigung nicht ganz echt war, geht schon daraus hervor, dass Herr Sasonoff bereits am 24. Juli dem englischen Botschafter erklärte (Blaubuch No. 6): that Russian mobilisation would at any rate have to be carried out (dass die russische Mobilisation unter allen Umständen durchgeführt werden müsse), woraus sich ergibt, dass die russische Mobilisation am 24. Juli, am Tage der Bekanntgabe der österreichisch-ungarischen Note an Serbien, bereits im Gange war. während die französische Zirkularnote vom 26. Juli (Gelbbuch No. 50), die Teilmobilisation gegen Oesterreich vom russischen Ministerrat erst am 25. „ins Auge fassen“ und deren Inkraftsetzung noch von österreichischer Waffengewalt gegen Serbien und dem Gutachten des Ministers des Aeussern abhängig machen lässt. Immerhin ist es wichtig, dass die russische und die französische Regierung damals noch die äusserste Mässigung wenigstens markieren wollten.

Der Grund ist offensichtlich, dass die russische Regierung damals der englischen und sogar der französischen Mitwirkung noch nicht sicher war. Bei der Unterhaltung, die Sasonoff auf seinen Wunsch am 24. Juli im Hause des französischen Botschafters mit diesem und Sir G. Buchanan hatte (Blaubuch No. 6), verlangte Sasonoff, England solle sich mit Russland und Frankreich solidarisch erklären, worauf Buchanan sehr klug antwortete:

"I could not, of course, speak in the name of His Majesty's Government, but personally I saw no reason to expect any declaration of solidarity from His Majesty's Government that would entail an unconditional engagement on their part to support Russia and France by arms. Direct British interest in Servia were nil, and a war on behalf of that country would never be sanctioned by British public opinion." (Ich könne natürlich nicht im Namen meiner Regierung sprechen; aber persönlich sehe ich keinen Grund, von meiner Regierung irgendeine Solidaritätserklärung zu erwarten, die eine unbedingte Verpflichtung zur Waffenhilfe für Russland und Frankreich enthalte. Die direkten britischen Interessen in Serbien seien gleich Null und ein Krieg wegen dieses Landes werde niemals durch die englische öffentliche Meinung sanktioniert werden.)

Wie der französische Botschafter sich gegenüber Herrn Sasonoff verhielt, ist nicht einwandfrei festzustellen, denn das französische Gelbbuch enthält bezeichnender Weise über diese wichtige Unterhaltung keinen Bericht, und Sir G. Buchanan beschränkt sich in seinem Bericht zu sagen, sein französischer Kollege habe ihm „zu verstehen gegeben“ (gave me to understand), Frankreich werde alle Verpflichtungen erfüllen, die in seiner Allianz mit Russland gegeben seien. Eine solche Haltung liess die Neutralität Frankreichs in einem russischen Angriffskrieg offen. In der Tat hat Frankreich, wie wir sehen werden, erst in einem späteren Stadium der russischen Regierung die Zusage der unbedingten Waffenhilfe gegeben.

Wir wollen nun betrachten, wie die Haltung Frankreichs und Englands sich entwickelt hat.

Frankreich.

Die französische Regierung befand sich offenbar in einem schweren Dilemma. Einerseits war ihre ganze Politik seit Jahrzehnten auf den engsten Anschluss an Russland abgestellt; andererseits wog die Verantwortung, in der schlechten serbischen Sache sich unbedingt auf die Seite Russlands zu stellen und allein mit Russland einen Krieg mit Deutschland und Oesterreich-Ungarn zu riskieren, zu schwer.

Die französischen Staatsmänner waren dementsprechend von einer doppelten Furcht bewegt: einmal von der Furcht, bei der russischen Regierung Misstrauen zu erregen und Frankreich durch eine Lockerung der französisch-russischen Beziehungen zu isolieren; zweitens durch die Furcht, in einem Krieg gegen Deutschland und Oesterreich-Ungarn mit Russland allein zu stehen.

Die Wirkung der erstgenannten Befürchtung war, dass die französische Regierung sich weigerte, in Petersburg irgend eine Einwirkung im friedlichen Sinne zu versuchen, die dort als ein Abrücken Frankreichs von Russland hätte aufgefasst werden können. Die verschiedenen dringenden Schritte, die der deutsche Botschafter nach der Ueberreichung der österreichisch-ungarischen Note an Serbien in Paris unternahm, um dem französischen Kabinett den Ernst der Situation vor Augen zu führen und darauf hinzuweisen, wie notwendig ein mässiger Einfluss Frankreichs in Petersburg sei, wurden stets mit dem grössten Misstrauen aufgenommen und als Versuche, einen Keil zwischen Frankreich und Russland zu treiben, beargwöhnt.

Als nach Ueberreichung der österreichisch-ungarischen Note der deutsche Botschafter in Paris der französischen Regierung die korrekte und loyale Erklärung abgab, dass die deutsche Regierung die Angelegenheit als eine ausschliesslich zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien zu

regelnde betrachte und die Lokalisierung des Konflikts dringend wünsche, da jede Intervention einer anderen Macht durch das natürliche Spiel der bestehenden Allianzen unberechenbare Konsequenzen herbeiführen könne, war der Widerhall dieser Mitteilung ein Artikel in dem „Echo de Paris“, dessen intime Beziehungen zum Quai d'Orsay bekannt sind. In diesem Artikel wurde der Schritt des deutschen Botschafters als eine „menace allemande“ gebrandmarkt (Gelbbuch No. 36).

Als zwei Tage später, am 26. Juli, der deutsche Botschafter der französischen Regierung anheimstellte, bei der russischen Regierung im Sinne des Friedens zu intervenieren, und hinzufügte, dass Oesterreich-Ungarn nach den an Russland abgegebenen Erklärungen weder eine territoriale Vergrößerung noch eine Beeinträchtigung der Integrität Serbiens, sondern nur seine eigene Sicherheit erstrebe, war die Antwort, Russland habe nichts getan, was Anlass zum Zweifel an seiner Mässigung gebe; aber Deutschland möge in Wien intervenieren, um militärische Operationen gegen Serbien zu verhindern (Gelbbuch No. 56). Und als der deutsche Botschafter, gewarnt durch das Verhalten des „Echo de Paris“, den Vorschlag machte, über die Besprechung eine Notiz an die Presse zu geben, in der gesagt wurde, dass er in einer neuen Unterhaltung mit dem Minister des Aeussern die Mittel zur Erhaltung des Friedens im freundschaftlichsten Geist und im Gefühl der friedlichen Solidarität geprüft habe, da erregte der Gedanke an die öffentliche Bekundung einer „solidarité pacifique“ mit Deutschland einen wahren Schrecken (Gelbbuch No. 57), und die vom deutschen Botschafter vorgeschlagene Notiz wurde schliesslich ohne den verdächtigen Ausdruck der Solidarität und des freundschaftlichen Geistes der Presse mitgeteilt. — „Cette rédaction, volontairement terne, évitait une solidarité avec l'Allemagne qui pourrait être mal interprétée“ (diese absichtlich farblose Redaktion vermied eine Solidarität mit Deutschland, die falsch ausgelegt werden könnte). So zu lesen in einer Zirkularnote, die das französische Ministerium des Auswärtigen über diesen wichtigen Fall an ihre ausländischen Missionen richtete (Gelbbuch No. 62). Dieselbe Zirkularnote fügt hinzu, die wahrscheinlichste Auslegung des Schrittes des Herrn von Schoen sei, dass er versuche, Frankreich in den Augen Russlands zu kompromittieren (à compromettre la France au regard de la Russie). Der französische Minister des Auswärtigen p. i. verkündete in einer weiteren Zirkularnote vom 29. Juli seinen Stolz, dass der deutsche Botschafter vergeblich versucht habe, Frankreich in eine solidarische deutsch-französische Aktion in Petersburg hineinzuziehen (a vainement tenté de nous entraîner dans une action solidaire franco-allemande à Pétersbourg). Er wiederholt die Behauptung, dass die russische Regierung die grössten Beweise ihrer Mässigung gegeben habe und dass

Russland in keiner Weise den Frieden bedrohe, dass dagegen in Wien gehandelt werden müsse und alle Gefahr aus Wien komme (Gelbbuch No. 85).

Aus keinem Dokument des französischen Gelbbuchs und ebensowenig aus dem russischen Orangebuch und dem englischen Blaubuch ergibt sich, dass Frankreich in irgendeinem Stadium gewagt hätte, der russischen Regierung einen ernstlichen Rat im Sinne des Friedens zu erteilen; es sei denn, dass man den Ausdruck des Wunsches, Russland möchte Massnahmen vermeiden, die Deutschland einen Vorwand zur Mobilmachung geben könnten (Gelbbuch No. 102), als eine aufrichtige Vermittlungstätigkeit im Sinne des Friedens ansehen will, während solche Wünsche in Wirklichkeit wohl richtiger als taktische Fingerzeige aufgefasst werden, um Deutschland solange hinzuhalten, bis die von Frankreich in jener Zeit mit allen Mitteln angestrebte Sicherung der Waffenhilfe Englands erreicht war.

Der unbedingten Sicherung der englischen Bundesgenossenschaft, nicht irgendwelcher Vermittlungstätigkeit, galten in jenen kritischen Tagen die Bemühungen der französischen Diplomatie, und solange dieses Ziel nicht erreicht war, wurde auch das entscheidende Wort gegenüber Russland nicht gesprochen. Mag aus dem französischen Gelbbuch hundertmal der Eindruck sich ergeben, als ob die französische Hilfe für Russland selbverständlich gewesen sei, so selbverständlich, dass eine besondere Erklärung hierüber an Russland — die man im Gelbbuch vergeblich suchen würde — überhaupt nicht nötig gewesen wäre, — das Orangebuch des russischen Verbündeten weiss es besser. In diesem ist ein telegraphischer Erlass Sasonoffs an Iswolsky vom 29. Juli abgedruckt (Orangebuch No. 58), und zwar als letztes der vom 29. Juli datierten zehn Dokumente, so dass man annehmen kann, dass dieses Telegramm erst am späten Abend des 29. Juli abgeschickt worden ist. In dem Erlass wird Iswolsky beauftragt „d'exprimer au Gouvernement français notre sincère reconnaissance pour la déclaration que l'Ambassadeur de France m'a faite en son nom en disant que nous pouvons compter entièrement sur l'appui de notre alliée, la France“ (der französischen Regierung unsere aufrichtige Erkenntlichkeit auszudrücken für die Erklärung, die der französische Botschafter mir in deren Namen gemacht hat, dass wir voll und ganz auf die Unterstützung Frankreichs als unseres Bundesgenossen zählen dürfen). Sasonoff fügte hinzu: „Dans les circonstances actuelles cette déclaration nous est particulièrement précieuse.“ (Unter den gegenwärtigen Umständen ist uns diese Erklärung ganz besonders wertvoll.)

Hieraus ergibt sich also, dass Frankreich am Abend des 29. Juli, nicht früher und nicht später, Russland die ausdrückliche und vorbehaltlose Erklärung der Waffenhilfe abgegeben hat.

Warum nicht früher? Und warum fand Frankreich am 29. Juli die Entschlussfähigkeit zu diesem entscheidenden Schritt?

Der Schlüssel liegt bei

England.

Frankreichs Verhältnis zu England trägt seit 1905 den offiziellen Namen der „entente cordiale“. Einvernehmen, nicht Bündnis. Im englischen Parlament haben die für die auswärtige Politik verantwortlichen Minister stets erklärt, irgendeine vertragsmässige Bindung des herzlichen Einvernehmens zwischen den beiden Nationen existiere nicht; für England bestehe keinerlei bindende Verpflichtung; der Entscheidung des Parlaments sei in keiner Weise vorgegriffen.

Heute wissen wir mehr.

Zwischen Sir Edward Grey als Staatssekretär des britischen Foreign Office und Herrn Paul Cambon als Botschafter der französischen Republik waren am 22. und 23. November 1912 Briefe ausgetauscht worden, von denen der Brief Grey's — den Paul Cambon lediglich im ungefähren Wortlaut bestätigte — hier Platz finden möge (Blaubuch No. 105, Anlage 1):

Foreign Office, November 22, 1912.

My dear Ambassador,

From time to time in recent years the French and British naval and military experts have consulted together. It has always been understood that such consultation does not restrict the freedom of either Government to decide at any future time whether, or not, to assist the other by armed force. We have agreed that consultation between experts is not, and ought not, to be regarded as, an engagement that commits either Government to action in a contingency that has not arisen and may never arise. The disposition, for instance, of the French and British fleets, respectively at the present moment, is not based upon an engagement to cooperate in war.

You have, however, pointed out that, if either Government had grave reason to expect an unprovoked attack by a third Power, it might become essential to know whether it could in that event depend upon the armed assistance of the other.

I agree that, if either Government had grave reason to expect an unprovoked attack by a third Power, or something that threatened the general peace, it should immediately discuss with the other whether both Governments should act together to prevent aggression and to preserve peace, and, if so, what measures they would be prepared to take in common. If these measures involved action, the plans of the General Staffs would

at once be taken into consideration, and the Governments would then decide what effect should be given to them.

Yours, &c.

E. Grey.

Uebersetzung.

Foreign Office, 22. November 1912.

Mein lieber Botschafter!

Von Zeit zu Zeit in den letzten Jahren haben die französischen und britischen maritimen und militärischen Autoritäten miteinander beraten. Es bestand stets Einverständnis darüber, dass solche Beratungen die Freiheit beider Regierungen nicht einschränken sollten, in Zukunft darüber zu entscheiden, ob sie sich einander durch ihre bewaffnete Macht beistehen sollten oder nicht. Wir haben vereinbart, dass Beratungen zwischen Sachverständigen keine Verpflichtung sein oder darstellen sollten, die eine der beiden Regierungen binde, in einem Falle zu handeln, der nicht entstanden ist und niemals entstehen möge. Die Verteilung z. B. der französischen und britischen Flotte im gegenwärtigen Augenblick beruht nicht auf irgendeiner Verpflichtung, im Kriege zusammenzuwirken.

Sie haben jedoch ausgeführt, dass, wenn eine der beiden Regierungen ersten Grund haben sollte, einen nicht herausgeforderten Angriff seitens einer dritten Macht zu erwarten, es wesentlich werden könnte, zu wissen, ob sie in diesem Falle auf die bewaffnete Unterstützung der anderen Macht rechnen könne.

Ich stimme zu, dass, wenn eine der beiden Regierungen ersten Grund haben sollte, einen nicht herausgeforderten Angriff seitens einer dritten Macht oder irgend etwas, was den allgemeinen Frieden bedrohen könnte, zu erwarten, sie alsbald mit der anderen Macht darüber in Besprechungen eintreten soll, ob beide Regierungen zusammen handeln sollen, um einen Angriff abzuwehren oder den Frieden zu wahren und, im bejahenden Fall, welche Massregeln sie bereit seien, gemeinschaftlich zu ergreifen. Wenn diese Massnahmen eine Aktion einbegreifen, würden die Pläne der Generalstäbe sofort in Betrachtung zu ziehen sein, und die Regierungen würden zu entscheiden haben, welche Folgen diesen Plänen zu geben sind.

Ihr usw.

E. Grey.

Dieses historische Dokument bestätigt, dass die britischen und französischen General- und Admiralstäbe seit Jahren Pläne für eine gemeinschaftliche Aktion zu Wasser und zu Lande ausgearbeitet und vereinbart hatten. Gegen wen sich diese gemeinschaftlichen Pläne allein richten konnten, ist nicht

zweifelhaft. Die gemeinschaftlichen Pläne wurden durch regelmässig wiederkehrende Beratungen zwischen den englischen und französischen militärischen und maritimen Instanzen auf dem Laufenden gehalten. Die Bedingungen für das Effektivwerden des gemeinschaftlichen Handelns der beiderseitigen Land- und Seestreitkräfte waren nicht formuliert, es sollte vielmehr im gegebenen Fall darüber entschieden werden, ob gemeinschaftlich zu handeln sei.

Die englische Regierung war also formell berechtigt zu behaupten, eine vertragsmässige Bindung sei von ihr Frankreich gegenüber nicht eingegangen worden. Materiell jedoch ist klar, dass die Aufstellung gemeinschaftlicher Operationspläne zwischen zwei Grossmächten und die fortlaufende Beratung über solche Operationspläne kein müssiger Zeitvertreib sein kann, sondern — schon wegen des intimen Einblicks, den jeder Teil in die Wehrverhältnisse des anderen erhält — nur dann möglich ist, wenn im Prinzip beiderseits die ernstliche Absicht des Zusammenwirkens besteht. Um diesen materiellen Kern des formell nicht bindenden Briefwechsels zu beleuchten, sei auf die Tatsache hingewiesen, dass Frankreich, gestützt auf den mit England vereinbarten Operationsplan, seine Flotte im Mittelmeer konzentriert und den Schutz seiner Küste am Kanal und am Atlandischen Ozean der englischen Flotte überlassen hat. Ergaben sich aus dieser sehr materiellen Tatsache für England wirklich keine zum mindesten moralischen Verpflichtungen?

Sophisten suchen mitunter nicht nur andere, sondern auch sich selbst zu täuschen. Auch Sir Edward Grey scheint beim Beginn des Konflikts sich selbst eine Freiheit vorgetäuscht zu haben, die er innerlich nicht besass. Nur so lässt sich die merkwürdige, von vornherein zum Scheitern verurteilte Rolle erklären, in die sich Sir Edward begab: Er wollte Vermittler sein, wo er in Wirklichkeit Partei war.

Gewollt oder ungewollt, musste diese Zwitterstellung zur Unaufrichtigkeit führen.

Man braucht nur im englischen Blaubuch (No. 17) zu lesen, was Sir G. Buchanan bei Beginn der Krisis, am 25. Juli, Herrn Sasonoff auf dessen Drängen nach einer Solidaritätserklärung Englands mit Frankreich und Russland antwortete:

"I said that England could play the rôle of mediator at Berlin and Vienna to better purpose as friend who, if her counsels of moderation were disregarded, might one day be converted into an ally, than if she were to declare herself Russia's ally at once" (Ich sagte, dass England die Rolle eines Vermittlers in Berlin und Wien mit besseren Aussichten spielen könne, wenn es als Freund erscheine, der, wenn seine Ratschläge zur Mässigung nicht geachtet würden, sich eines schönen Tages in einen Alliierten (nämlich Russlands) ver-

wandeln könne, als wenn England sich von vornherein als Alliierten Russlands erkläre).

Das Wort vom „ehrlichen Makler“ kann auf einen solchen „mediator“ gewiss keine Anwendung finden.

Abgesehen davon, dass Sir Edward Grey auf Grund des Entente-Verhältnisses zu Frankreich und auch zu Russland nicht die Unbefangenheit und innere Freiheit hatte, die ihn allein zu der von ihm — wie in anderen Fällen, so auch in dem Konflikt wegen Serbiens — angestrebten Rolle des Vermittlers und Schiedsrichters befähigt hätten, war er, die Ehrlichkeit seiner eigenen friedlichen Absichten vorausgesetzt, in einer schwierigen Lage gegenüber seinen Ministerkollegen, deren Haltung in der Frage Krieg oder Frieden, wie später das Ausscheiden der drei Friedensfreunde vor aller Welt offenkundig machte, nicht einheitlich war.

Zunächst setzte Sir Edward dem Drängen Russlands und Frankreichs nach einer sofortigen Solidaritätserklärung einigen Widerstand entgegen. Er billigte durchaus die von Buchanan gegenüber Sasonoff am 24. Juli abgegebenen Erklärungen, von denen die wichtigste war, dass England kaum eine unbedingte Verpflichtung zur Waffenhilfe für Frankreich und Russland eingehen könne, da die öffentliche Meinung in England einen Krieg wegen Serbiens nicht sanktionieren werde (Blaubuch No. 6); ja, er bestätigt ausdrücklich:

„I do not consider that public opinion here would, or ought to, sanction our going to war over a Servian quarrel“ (Ich glaube nicht, dass die öffentliche Meinung hier es sanktionieren würde oder sollte, dass wir wegen eines serbischen Streites in den Krieg gehen) (Blaubuch No. 24).

Die Haltung Englands hat, wie sich zwar nicht aus den veröffentlichten Dokumenten, aber aus der Presse jener Tage ergibt, in Petersburg und Paris auf das peinlichste berührt.

Die russische und französische Diplomatie versuchte Sir Edward Grey zu beeinflussen durch die Behauptung, die Gefahr liege darin, dass die deutsche Regierung Englands Nichteinmischung als sicher ansehe; sobald England sich entschlossen auf die Seite Russlands und Frankreichs stelle, werde Deutschland auf Oesterreich-Ungarn drücken und die Kriegsgefahr sei beseitigt (Blaubuch No. 17). Sir G. Buchanan antwortete noch am 27. Juli Herrn Sasonoff auf diese immer wiederkehrende Argumentation in durchaus zutreffender Weise, er irre sich, wenn er glaube, dass ein solches Vorgehen der Sache des Friedens dienen werde. Durch eine solche Drohung werde Deutschland lediglich steif gemacht werden („Their attitude would merely be stiffened by such a menace“) (Blaubuch No. 44).

Während der englische Botschafter in Petersburg auf diese Weise aussprach, was lediglich selbstverständlich war, dass nämlich eine Drohung Englands an Deutschland ihren Zweck

nicht nur verfehlen, sondern die kritische Lage verschärfen müsse, begann man in London dem Drängen Frankreichs und Russlands nachzugeben.

Sir Edward Grey liess sich zunächst von Paul Cambon seinen Konferenzvorschlag einflüstern, und zwar in der folgenden Form: das britische Kabinett solle von der deutschen Regierung verlangen „de prendre l'initiative d'une démarche à Vienne pour offrir une médiation, entre l'Autriche et la Serbie, des quatre Puissances non directement intéressées“ (die Initiative zu ergreifen zu einem Schritt in Wien, um eine Vermittlung der nicht direkt interessierten vier Mächte in der österreichisch-ungarisch-serbischen Frage anzubieten). (Gelbbuch No. 32.) Der Vorschlag war von vornherein aussichtslos; denn abgesehen davon, dass er Deutschland eine Initiative bei seinem Bundesgenossen zuspielden wollte, die Frankreich bei Russland ängstlich ablehnte, war der österreichisch-ungarische Standpunkt, dass eine Einmischung oder Vermittlung Dritter in den österreichisch-ungarisch-serbischen Konflikt unannehmbar sei, bekannt; und ferner hätte Oesterreich-Ungarn durch die Annahme des Grey-Cambonschen Vorschlags eo ipso Russland im österreichisch-ungarisch-serbischen Konflikt als „Puissance directement intéressée“ anerkannt, was im striktesten Gegensatz zu den österreichisch-ungarischen Auffassungen und Absichten stand. Aber indem Paul Cambon Sir Edward Grey auf dieses Eis lockte, erreichte er mit der sicher zu erwartenden deutschen Ablehnung eine Verschlechterung der Stimmung des englischen Kabinetts gegenüber Deutschland.

Daneben zeigten sich aus dem Kreise der britischen Regierung gewisse Ermütigungen für Frankreich und Russland. Welche Kräfte dabei am Werke waren, ergibt sich aus dem Zusammenhalt zweier Telegramme (Gelbbuch No. 63 und Nr. 66), die der französische Geschäftsträger in London am 27. Juli an seine Regierung richtete. Die beiden Telegramme mögen hier im Wortlaut Platz finden:

No. 63.

„Londres, le 27 juillet 1914.

L'Ambassadeur d'Allemagne et l'Ambassadeur d'Autriche-Hongrie laissent entendre qu'ils sont sûrs que l'Angleterre garderait la neutralité si un conflit venait à éclater. Sir Arthur Nicolson m'a dit que, cependant, le prince Lichnowski ne pouvait, après la conversation qu'il a eue avec lui au ourd'hui, conserver au-

„London, 27. Juli 1914.

Der deutsche und der österreichisch-ungarische Botschafter lassen durchblicken, sie seien sicher, dass England im Falle eines Konflikts neutral bleiben werde. Sir Arthur Nicolson hat mir indessen gesagt, der Fürst Lichnowsky könne nach der Unterhaltung, die er heute mit ihm gehabt habe, nicht mehr darüber im

eun doute sur la liberté qu'entendait garder le Gouvernement britannique d'intervenir, au cas où il le jugerait utile.

L'Ambassadeur d'Allemagne n'aura pas manqué d'être frappé de cette déclaration, mais pour peser sur l'Allemagne et pour éviter un conflit, il semble indispensable que celle-ci soit amenée à tenir pour certain qu'elle trouverait l'Angleterre et la Russie aux côtés de la France."

No. 66.

„Londres, le 27 juillet 1914.

Sir Edw. Grey a dit ce matin à l'Ambassadeur d'Allemagne que, si l'Autriche envahissait la Serbie après la réponse serbe, elle démontrerait qu'elle ne poursuivait pas seulement le règlement des questions mentionnées dans sa note du 23 juillet, mais qu'elle voulait écraser un petit Etat. „Alors, a-t-il ajouté, se poserait une question européenne, et il s'ensuivrait une guerre à laquelle d'autres Puissances seraient amenées à prendre part."

L'attitude de la Grande-Bretagne s'affirme par l'arrêt de la démobilisation de sa flotte. Le Premier Lord de l'Amirauté avait pris discrètement cette mesure dès vendredi, de sa propre initiative; cette nuit, Sir Edward Grey et ses collègues ont décidé de la publier. Ce résultat est dû à l'attitude conciliante de la Serbie et de la Russie."

Zweifel sein, dass die englische Regierung sich die Freiheit des Eingreifens vorzubehalten gedenke, für den Fall ihr dies nützlich erscheine.

Der deutsche Botschafter ist sicher durch diese Erklärung betroffen gewesen; aber um auf Deutschland zu drücken und einen Konflikt zu vermeiden, muss es dazu gebracht werden, für sicher zu halten, dass es England und Russland an Frankreichs Seite finden wird."

„London, 27. Juli 1914.

Sir Edward Grey hat heute morgen dem deutschen Botschafter gesagt, dass Oesterreich, wenn es nach der serbischen Antwort in Serbien ein falle, damit zeige, dass es nicht nur die Regelung der in seiner Note vom 23. Juli erwähnten Fragen verfolge, sondern dass es einen kleinen Staat erdrücken wolle. „Dann, hat er hinzugefügt, würde sich eine europäische Frage aufwerfen und es würde daraus ein Krieg entstehen, an dem andere Mächte sich veranlasst sehen würden teilzunehmen."

Die Haltung Grossbritanniens bestätigt sich durch das Aufhalten der Demobilisation seiner Flotte. Der Erste Lord der Admiralität hatte diese Massnahme insgeheim schon am Freitag (24. Juli) ergriffen, aus seiner eigenen Initiative; heute nacht haben Sir Edward Grey und seine Kollegen beschlossen, sie zu veröffentlichen. Dieses Ergebnis ist der versöhnlichen Haltung Serbiens und Russlands zu verdanken "

Man beachte die Nuancen in den Eröffnungen Greys und Nicolsons an den französischen Geschäftsträger: Nicolson will dem deutschen Botschafter Erklärungen gegeben haben, die diesem jeden Zweifel daran nehmen mussten, dass England sich die Freiheit wahre, einzugreifen. Grey will nur davon gesprochen haben, dass an einem Krieg auch „andere Mächte“ teilnehmen könnten.⁴⁾

Aber wichtiger als dieser Unterschied zwischen der schärferen Tonart Nicolsons, bekanntlich eines der Väter der russisch-englischen Annäherung, und der mildereren Tonart Greys ist die Tatsache, dass der Erste Lord der Admiralität aus eigener Initiative schon am 24. Juli die fällige Demobilisation der zu Übungszwecken zusammengezogenen Flotte abbestellt hat, und noch wichtiger ist, dass Sir Edward Grey sich am 27. Juli veranlasst sah, diese bisher geheim gehaltene Massnahme dem französischen Geschäftsträger als Folge des serbischen und russischen Wohlverhaltens bekannt zu geben. Auch dem russischen Botschafter hat Grey am gleichen Tag die gleiche Mitteilung gemacht, worüber er an Buchanan wie folgt berichtete:

„I have been told by the Russian Ambassador that in German and Austrian circles impression prevails that in any event we would stand aside. His Excellency deplored the effect that such an impression must produce. This impression ought, as I have pointed out, to be dispelled by the orders we have given to the First Fleet, which is concentrated, as it happens, at Portland, not to disperse for manœuvre leave. But I explained to the Russian Ambassador that my reference to it must not be taken to mean that anything more than diplomatic action was promised.“ (Der russische Botschafter sagte mir, dass in deutschen und österreich-ungarischen Kreisen der Eindruck herrsche, dass wir unter allen Umständen beiseite stehen würden. Seine Exzellenz beklagte die Wirkung, die ein solcher Eindruck hervorrufen muss. Dieser Eindruck müsste, wie ich

⁴⁾ Die französische Regierung hat eine englische Uebersetzung ihres Gelbbuchs durch die „Times“ veranstalten lassen und diese Uebersetzung ausdrücklich auf dem Titelblatt als „autorisiert“ erklärt. In dieser Uebersetzung heisst es für

„une guerre à laquelle d'autres Puissances seraient amenées à prendre part“:

„a war in which all the Powers would take part“;

also die ursprüngliche französische Version

„ein Krieg, an dem andere Mächte sich veranlasst sehen würden, teilzunehmen“

ist mit Autorisation der französischen Regierung übersetzt worden in:

„ein Krieg, an dem alle Mächte teilnehmen würden.“ —

Durch diese Retouche wird aus durchsichtigen Gründen Sir Edward Grey eine Klarheit der Sprache schon für den 27. Juli zugeschrieben, die er in Wirklichkeit erst einige Tage später gefunden hat.

ausgeführt habe, zerstört werden durch die Befehle, die wir unserer zurzeit zufällig in Portland konzentrierten Ersten Flotte gegeben haben, nicht mit Manöverurlaub auseinanderzugehen. Aber ich setzte dem russischen Botschafter auseinander, dass mein Hinweis hierauf nicht so aufgefasst werden dürfe, als ob mehr als diplomatische Unterstützung versprochen sei.) (Blaubuch No. 47.)

Man kann sich denken, welche Folgerungen trotz des von Grey für nötig erachteten Vorbehalts, die russische und französische Regierung aus der Aufrechterhaltung des mobilen Zustands der englischen Nordseeflotte und aus der Mitteilung dieser Massnahme zogen. Die Handlung des Ersten Lords der Admiralität und deren Sanktionierung und Bekanntgabe durch das britische Kabinett wogen schwerer als alle vorsichtigen Worte.

In den folgenden zwei Tagen muss die Kriegspartei im englischen Kabinett noch mehr Oberwasser bekommen haben. Denn am 29. Juli tat Sir Edward Grey einen Schritt, der keinen Zweifel über die Stellungnahme Englands an der Seite seiner Ententegenossen mehr zulassen konnte. An diesem Tage hatte Grey mit dem Fürsten Lichnowsky eine Unterredung, über die er selbst an den englischen Botschafter in Berlin berichtet (Blaubuch No. 89):

"After speaking to the German Ambassador this afternoon about the European situation, I said that I wished to say to him, in a quite private and friendly way, something that was on my mind. The situation was very grave. While it was restricted to the issues at present actually involved we had no thought of interfering in it. But if Germany became involved in it, and then France, the issue might be so great that it would involve all European interests; and I did not wish him to be misled by the friendly tone of our conversation — which I hoped would continue — in thinking that we should stand aside." (Nachdem ich heute nachmittag mit dem deutschen Botschafter über die europäische Frage gesprochen hatte, sagte ich, dass ich ihm in durchaus privater und freundschaftlicher Weise etwas sagen möchte, was mir im Sinn liege. Die Lage sei sehr ernst. Solange sie nur die Fragen betreffe, die zurzeit wirklich im Spiel seien, dächten wir nicht an eine Einmischung. Wenn aber Deutschland hinein verwickelt werde, und dann Frankreich, dann stehe soviel auf dem Spiel, dass alle europäischen Interessen hineingezogen würden; und ich wünschte nicht, dass er durch den freundschaftlichen Ton unserer Unterhaltung — auf deren Fortsetzung ich hoffte — irregeführt werde zu der Annahme, dass wir beiseite stehen würden.)

Diese Ankündigung liess an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig.

Nun kann Deutlichkeit in schwierigen Situationen ein Vorteil sein und zur Entwirrung beitragen. Wenn aber das die Absicht Sir Edward Greys gewesen sein sollte, welcher Teufel hat ihn geritten, dem französischen Botschafter am Vormittag des 29. Juli zu sagen, dass er den deutschen Botschafter zu sich bestellen und ihm diese „durchaus private und freundschaftliche“ Eröffnung machen werde!

Sir Edward Grey selbst berichtet an den englischen Botschafter in Paris, dass er also gehandelt hat (Blaubuch No. 87):

„After telling M. Cambon to-day how grave the situation seemed to be, I told him that I meant to tell the German Ambassador to-day that he must not be misled by the friendly tone of our conversations into any sense of false security that we should stand aside if all the efforts to preserve the peace, which we were now making in common with Germany, failed.“ (Nachdem ich heute Herrn Cambon gesagt hatte, wie ernst die Lage zu sein scheine, sagte ich ihm, dass ich die Absicht habe, dem deutschen Botschafter zu sagen, dass er sich durch den freundschaftlichen Ton unserer Unterhaltung nicht irre führen lassen dürfe in irgend ein Gefühl falscher Sicherheit, dass wir beiseite stehen würden, wenn alle Anstrengungen, den Frieden zu erhalten, die wir jetzt in Gemeinschaft mit Deutschland machten, scheitern sollten.)

Nun musste Frankreich sicher sein, dass es auf die aktive Waffenhilfe Englands zählen dürfte, falls es selbst unter irgend welchen Umständen in den Konflikt hineingezogen würde. In dem französischen Gelbbuch sucht man bezeichnenderweise vergeblich nach einem Bericht Paul Cambons über diese wichtigste Unterhaltung während der ganzen kritischen Woche; man sucht eben dort auch vergeblich nach den daraufhin von Paris nach Petersburg gegebenen Instruktionen. Aber die Kugel, die am Vormittag des 29. Juli in London den Lauf verlassen hatte, kommt am Abend desselben Tages in Petersburg zum Vorschein: in dem Telegramm, in dem Sasonoff Iswolsky beauftragt, der französischen Regierung die aufrichtige Erkenntlichkeit der russischen Regierung für die Erklärung der unbedingten Waffenhilfe auszudrücken (Orangebuch No. 58).

Jetzt waren die Würfel zugunsten des Krieges gefallen. Sasonoff hatte schon am 25. Juli dem englischen Botschafter erklärt: „If Russia feels secure of the support of France, she will face all the risks of war“ (wenn Russland der Hilfe Frankreichs sicher ist, wird es alle Risiken des Krieges auf sich nehmen) (Blaubuch No. 17). Jetzt war es so weit: Dank der endlich erlangten Gewissheit, dass der Eintritt Frankreichs in den Krieg das Los

schlagen Englands zur Folge haben werde, hatte Frankreich Russland die Kriegshilfe zugesagt und dabei wohl auch erwähnt, dass auf die englische Mitwirkung gleichfalls gerechnet werden könne.⁵⁾

Sir Edward Grey hat seiner Mitteilung an Paul Cambon über seine beabsichtigte Eröffnung an den Fürsten Lichnowsky einige Ausführungen hinzugefügt, die auf den ersten Blick eine Analogie zu dem Vorbehalt zu sein scheinen, den er bei der Mitteilung der Aufrechterhaltung des mobilen Zustandes der Flotte an den russischen Botschafter gemacht hat. Er hat nämlich darauf hingewiesen, dass die öffentliche Meinung in England die derzeitigen Schwierigkeiten doch mit anderen Augen ansehe als vor einigen Jahren die Marokkokrise. Damals habe es ausgesehen, als ob Deutschland Frankreich zerschmettern wolle wegen einer Frage, die Gegenstand eines Spezialabkommens zwischen England und Frankreich war. Diesmal handle es sich in erster Linie um eine serbisch-österreichisch-ungarische, vielleicht auch um eine russisch-deutsche Frage, und England fühle keinen Beruf, sich einzumischen. Wenn auch Frankreich auf Grund seiner Bündnisverpflichtungen hineingezogen werde, so habe England sich noch nicht schlüssig gemacht, was zu tun sei; dies sei ein Fall, der zu überlegen wäre. England sei frei von Verpflichtungen und werde zu entscheiden haben, was die britischen Interessen verlangten. Er habe es für nötig gehalten, dies zu sagen, um Cambon nicht in den Irrtum zu versetzen, als ob hierüber ein Beschluss schon gefasst sei.

Wie Cambon diese Ausführungen auffasst, ergibt sich aus seiner Antwort. Sir Edward Grey selbst drahtet hierüber an den britischen Botschafter in Paris (Blaubuch No. 87):

"M. Cambon said that I had explained the situation very clearly. He understood it to be that in a Balkan quarrel, and in a struggle for supremacy between Teuton and Slav we should not feel called to intervene; should other issues be raised, and Germany and France become involved, so that the question became one of the hegemony of Europe, we should then decide what it was necessary for us to do". (Herr Cambon sagte, ich habe die Lage sehr klar auseinandergesetzt. Er verstehe, dass wir keinen Beruf

⁵⁾ Ein in Deutschland nach Ausbruch des Krieges aufgefangener Bericht des belgischen Geschäftsträgers in Petersburg, Herrn de l'Escaille, vom 30. Juli enthält eine volle Bestätigung dieser Zusammenhänge. In diesem Bericht heisst es: „England hat zuerst zu verstehen gegeben, dass es sich nicht in einen Konflikt hineinziehen lassen wolle. Sir G. Buchanan sagte dies offen. Heute (also am 30. Juli) ist Petersburg fest überzeugt, ja es hat sogar Zusicherungen des Inhalts empfangen, dass England auf der Seite Frankreichs mitgehen wird. Diese Hilfe ist von entscheidender Wichtigkeit und hat wesentlich zum Triumph der Kriegspartei beigetragen.“

fühlten, in einem Balkanzwist oder in einem Kampf um die Vorherrschaft von Teutonen oder Slawen zu intervenieren; wenn aber andere Ausgangspunkte entstehen und Deutschland und Frankreich hineinverwickelt werden sollten, so dass der Fall zur Frage der Hegemonie über Europa werde, so würden wir zu entscheiden haben, was für uns zu tun nötig sei).

Herr Cambon hat Sir Edward Grey in der Tat ausgezeichnet verstanden, auch in dem, was er nicht ausgesprochen hat: das englische Kabinett braucht in Rücksicht auf die öffentliche Meinung für sein Eingreifen einen anderen Ausgangspunkt als einen serbisch-österreichisch-ungarischen oder russisch-deutschen Konflikt; für einen solchen anderen Ausgangspunkt kann und muss gesorgt werden. Jedenfalls sieht England einen Konflikt, in dem auch Deutschland und Frankreich sich gegenüberstehen, als eine Frage der Hegemonie über Europa an, woraus sich dann die von der englischen Regierung formell noch zu fassenden Entschlüsse von selbst ergeben.

Der verständnisvolle Herr Cambon zögerte denn auch nicht, nachdem auf Grund dieser Unterhaltung mit Sir Edward Grey die Zusage der französischen Waffenhilfe an Russland gegeben war, für andere Ausgangspunkte (issues) des um sich greifenden Brandes zu sorgen. Er präsentierte Sir Edward Grey am folgenden Tag, 30. Juli, den Wechsel vom November 1912, begleitet von einer Notiz des Pariser Auswärtigen Ministeriums über angebliche deutsche Kriegsvorbereitungen an der deutsch-französischen Grenze⁶⁾, und mit dem ihm eigenen Scharfblick sah er voraus, dass Deutschland jetzt Frankreich angreifen werde, sei es in der Form einer Forderung auf Einstellung der französischen Kriegsvorbereitungen, sei es in der Form des Verlangens einer französischen Neutralitätserklärung für den Fall eines deutsch-russischen Krieges. Beides werde Frankreich ablehnen müssen (Blaubuch No. 105).

Ein drohender Angriff auf Frankreich und die Gefährdung des europäischen Friedens, die beiden Voraussetzungen, unter denen über das Effektivwerden des für diesen Fall verabredeten Zusammenwirkens der englischen und französischen Land- und Seestreitkräfte alsbald Beschluss gefasst werden sollte, war also nach Auffassung der französischen Regierung gegeben. Die Entscheidung des englischen Kabinetts konnte nach der am 29. Juli stattgehabten Unterhaltung zwischen Grey und Cambon nicht mehr zweifelhaft sein.

Hat Sir Edward Grey gewusst, dass die französische Regierung noch am 29. Juli Russland ihre unbedingte Waffenhilfe

⁶⁾ Diese Notiz in der Fassung, wie sie in dem englischen Blaubuch veröffentlicht worden ist, kann aus den oben in Anmerkung 1 dargelegten Gründen nur nachträglich fabriziert sein.

zusagte, mit der Russland entschlossen war, alle Risiken eines Krieges auf sich zu nehmen? Wenn ja, hat er dann am 30. Juli noch mit irgendeiner Aussicht auf Erfolg an Buchanan den Auftrag telegraphieren können, der russischen Regierung den neuen, aus der Unterhaltung mit dem deutschen Botschafter hervorgegangenen Vermittlungsvorschlag dringend zu empfehlen? Wenn es Sir Edward Grey ernst damit war, auf dieser Grundlage im letzten Augenblick noch eine Einigung herbeizuführen, und wenn er das durch die Intervention des deutschen Kaisers erreichte Zugeständnis des Grafen Berchthold, die Note an Serbien mit Russland materiell zu diskutieren, aufrichtig begrüßte, welche Gefühle musste es dann in ihm erwecken, dass die russische Regierung über die noch vorhandenen Friedensaussichten und seine eigenste Anregung hinaus am 31. Juli die allgemeine Mobilmachung anordnete und damit einen Krieg unvermeidlich machte, in den nach allem Vorhergegangenen auch England hineingezogen werden musste?

Wenn der bruske und unerhört folgenschwere Schritt Russlands bei Sir Edward Grey überhaupt Gefühle auslöste, dann muss man ihm zugeben, dass er seine Gefühle zu be-
meistern versteht. Im Blaubuch findet sich jedenfalls keine Spur eines solchen Gefühls, auch nicht die Spur irgendeines Remonstrierens gegen den alles verderbenden russischen Schritt oder irgendeines Versuchs, auf Russland einzuwirken, um eine Aufschiebung der angeordneten Mobilmachung oder befriedigende Aufklärungen an Deutschland zu erlangen.

Dagegen machte Grey den von vornherein aussichtslosen Versuch, die Verhandlungen weiterzuspinnen und Deutschland zu bewegen, im mobilen Zustande still zu halten. Letztere Zumutung wurde von Deutschland abgelehnt. Der Staatssekretär von Jagow erklärte Sir E. Goschen: Russland sage, dass seine Mobilisation nicht notwendig den Krieg bedeute, denn Russland könne sehr wohl für einige Monate im mobilen Zustand bleiben ohne Krieg zu führen; dies sei aber bei Deutschland nicht der Fall. Deutschlands Vorteil sei die Schnelligkeit, Russlands Vorteil die Zahl, und die Sicherheit Deutschlands verbiete, dass Deutschland Russland gestatten könne, seine Truppenmassen aus allen Teilen des weiten Reiches zusammenzubringen (Blaubuch No. 138).

Ferner konzentrierte Sir Edward Grey, nun die Würfel gefallen waren, seine Anstrengungen darauf, die Karten so zu spielen, dass sich für das sofortige Eintreten Englands in den Krieg ein Anlass ergeben musste, der auch dem einem Krieg mit Deutschland immer noch widerstrebenden Teil des britischen Kabinetts und der britischen öffentlichen Meinung als zwingend erscheinen sollte.

Blau- und Gelbbuch in ihrem Zusammenhalt ergeben, dass Grey, der seit dem 29. Juli Paul Cambon gegenüber moralisch so stark gebunden war, wie man es nur sein kann, einige

Schwierigkeiten hatte, im englischen Kabinett die bloße Hineinziehung Frankreichs in den Krieg als ausreichenden Grund für die aktive Mitwirkung Englands durchzusetzen. Die Cambon'sche Interpretation, ein Krieg, in den Frankreich und Deutschland verwickelt seien, bedeute einen Kampf um die Hegemonie Europas, der England nicht gleichgültig lassen könne, — eine Interpretation, der Grey nicht widersprochen hatte (siehe S. 32/33), fand offenbar im englischen Kabinett keine ausreichende Unterstützung.

Die Verlegenheit Grey's wurde vermehrt durch sehr weitgehende Zusicherungen, die Deutschland für den Fall einer britischen Neutralitätserklärung in Aussicht stellte. Am 29. Juli, als die „freundschaftlichen und privaten“ Eröffnungen Grey's an den Fürsten Lichnowsky in Berlin noch nicht bekannt waren (siehe S. 30), machte der Reichskanzler Sir E. Goschen einen Vorschlag, der die englische Neutralität ermöglichen sollte (Blaubuch No. 85). Der Kanzler wies darauf hin, dass ein russischer Angriff auf Oesterreich-Ungarn voraussichtlich zu einer europäischen Konflagration führen werde, da Deutschland zur Waffenhilfe für seinen Verbündeten verpflichtet sei. Der Kanzler fügte hinzu, es sei für ihn klar, dass England nicht ruhig zusehen wolle, wenn Frankreich in irgendeinem möglichen Konflikt vernichtet werde. Die Vernichtung Frankreichs sei aber nicht Deutschlands Ziel, und unter der Voraussetzung, dass Englands Neutralität gesichert sei, könne der britischen Regierung jede Zusicherung gegeben werden, dass Deutschland keinerlei territoriale Vergrößerung auf Kosten Frankreichs erstrebe, auch wenn Deutschland aus einem solchen Krieg siegreich hervorgehe. Der Kanzler lehnte es auf Befragen Goschen's ab, eine gleiche Zusicherung auch für die französischen Kolonien zu geben, eine Ablehnung, die späterhin nicht aufrecht erhalten wurde. Ferner erklärte der Kanzler, dass Deutschland die Neutralität Hollands jedenfalls respektieren werde, wenn dies auch von anderer Seite geschehe; und was Belgien anlange, so werde es von Frankreichs Aktion abhängen, welche Operationen Deutschland gezwungen sein könnte in Belgien einzuleiten; aber nach dem Krieg werde Belgiens Integrität respektiert werden, falls Belgien nicht gegen Deutschland gekämpft habe.

Dieses Angebot erfuhr bei Sir Edward Grey die schroffste Ablehnung (Blaubuch No. 101). Goschen wurde beauftragt, dem Reichskanzler über die Zusicherungen betreffend Frankreich zu sagen: "it would be a disgrace for us to make this bargain with Germany at the expense of France, a disgrace from which the good name of this country would never recover" (es wäre eine Schmach für uns, diesen Schacher mit Deutschland auf Kosten Frankreichs zu machen, eine Schande, von der der gute Name Englands sich nie erholen könne). Auch dass England seine Verpflichtungen und Interessen bezüglich

der belgischen Neutralität verschachere, sei gleichfalls ausgeschlossen.

Die Heftigkeit des Ausdruckes bei der Abweisung des deutschen Angebots ist bezeichnend: Sir Edward Grey betrachtete sich als Bundesgenossen Frankreichs, der zur Untreue verleitet werden sollte. Aus der belgischen Neutralität aber war er entschlossen, den Ausgangspunkt zu machen, den er brauchte, um Kabinett und öffentliche Meinung in den Krieg zu führen.

No. 113 des Blaubuches enthält das Telegramm aus Petersburg, betreffend die Anordnung der allgemeinen Mobilmachung der russischen Streitkräfte.

No. 114 des Blaubuches enthält ein Telegramm Sir Edward Greys an die Botschafter in Berlin und Paris, lautend wie folgt:

Foreign Office, July 31, 1914.

I still trust that situation is not irretrievable, but in view of prospect of mobilisation in Germany it becomes essential, to His Majesty's Government, in view of existing treaties, to ask whether French (German) Government is prepared to engage to respect neutrality of Belgium so long as no other Power violates it.

Foreign Office, 31. Juli 1914.

Ich vertraue noch, dass die Lage nicht unwiederbringlich verzweifelt ist, aber bei der Aussicht auf die deutsche Mobilmachung wird es für die englische Regierung angesichts bestehender Verträge notwendig zu fragen, ob die französische (deutsche) Regierung bereit ist, sich zu verpflichten, die Neutralität Belgiens zu achten, so lange keine andere Macht sie verletzt.

Also Greys Antwort auf die russische Mobilmachung war nicht ein Schritt in Petersburg, sondern das Aufwerfen der belgischen Neutralitätsfrage in Berlin — die Anfrage in Paris war selbsterstündlich Komödie —, um den Ausgangspunkt für Englands Eingreifen zu gewinnen.

Es war in der Tat hohe Zeit, dass etwas nach dieser Richtung geschah; denn der französische Botschafter, der auf die verhängnisvolle Eröffnung Greys vom 29. Juli hin sofort gehandelt und Frankreich unwiderruflich engagiert hatte, der am 30. Juli den Wechsel vom November 1912 bei Sir Edward präsentiert hatte und dessen Honorierung verlangte, wurde ungeduldig, als Sir Edward, gezwungen durch einen Kabinettsbeschluss, Ausflüchte machte, Grey telegraphierte am 31. Juli an den englischen Botschafter in Paris (Blaubuch No. 119), dass Paul Cambon ein Telegramm Jules Cambons aus Berlin — offensichtlich bestellte Arbeit — vorgezeigt habe, nach welchem Deutschland durch die Ungewissheit über die Intervention Englands ermutigt worden sei. Sir Edward ver-

wahrte sich und sagte Paul Cambon, er habe an diesem selben Vormittag gegenüber dem deutschen Botschafter definitiv jede Neutralitätserklärung verweigert und sogar erklärt, dass bei einer Verwicklung Deutschlands und Frankreichs in den Krieg England hineingezogen werde. Dies solle aber nicht ein Engagement gegenüber Frankreich bedeuten. — Er sagte Paul Cambon weiter, das Kabinett sei zu dem Schluss gekommen, es könne im gegenwärtigen Augenblick keine Verpflichtung übernehmen. "Up to the present moment, we did not feel, and public opinion did not feel, that any treaties or obligations of this country were involved." (Bis zu diesem Augenblick fühlten wir nicht und fühle die öffentliche Meinung nicht, dass irgendwelche Verträge oder Verpflichtungen Englands im Spiel seien.) Aber, fügte er verheissungsvoll hinzu, weitere Entwicklungen könnten die Lage ändern und Regierung und Parlament von der Berechtigung einer Intervention überzeugen. Die Neutralität Belgiens könnte „I would not say a decisive, but an important factor“ (ich möchte nicht sagen ein entscheidender, aber ein wichtiger Faktor) bei der Bestimmung der Haltung Englands sein.

Wie wenig Paul Cambon mit diesem Bescheid zufrieden war, ergibt sich aus seinem eigenen Bericht über die Unterhaltung (Gelbbuch No. 110). Er fragte Grey, ob England mit seiner Intervention etwa einen deutschen Einfall in Frankreich abwarten wollte. „J'ai insisté sur le fait que les mesures déjà adoptées sur notre frontière par l'Allemagne révélèrent des intentions d'agression prochaine, et que, si l'on voulait éviter de voir se renouveler l'erreur de l'Europe en 1870, il convenait que l'Angleterre envisageât dès maintenant les conditions dans lesquelles elle nous donnerait le concours sur lequel la France comptait“ (Ich insistierte auf der Tatsache, dass die von Deutschland an unserer Grenze bereits ergriffenen Massnahmen die Absicht eines nahen Angriffs enthüllten, und dass, wenn der Irrtum Europas von 1870 vermieden werden sollte, England sofort die Umstände ins Augen fassen müsse, unter denen es uns die Hilfe gewähren würde, auf die Frankreich zähle). Aber Grey blieb bei dem Kabinettsbeschluss. — Dagegen spendete Sir Artur Nicolson, dem Cambon beim Verlassen des Kabinetts des Staatssekretärs begegnete, einigen Trost: Der Ministerrat werde sich am nächsten Tag wieder versammeln, „et, confidentiellement, il m'a fait entendre que le Secrétaire d'Etat aux Affaires Etrangères ne manquerait pas de reprendre la discussion“ (und vertraulich hat er mir zu verstehen gegeben, dass der Staatssekretär des Auswärtigen nicht verfehlen werde, die Diskussion wieder aufzunehmen).

Man hat hier kaum nötig, zwischen den Zeilen zu lesen.

Bis zu dem von Nicolson für den nächsten Tag in Aussicht gestellten Ministerrat waren Antworten aus Paris und Berlin auf die Anfrage Grey's wegen der Neutralität Belgiens

eingelaufen. Die französische Regierung hatte selbstverständlich mit Emphase die Achtung der belgischen Neutralität zugesagt. In Berlin dagegen hatte der Staatssekretär des Auswärtigen dem englischen Botschafter erklärt, er müsse erst den Kaiser und Kanzler befragen. "I gathered from what he said that he thought any reply they might give could not but disclose a certain amount of their plan of campaign in the event of war ensuing, and he was therefore very doubtful whether they would return any answer at all." (Ich entnahm aus dem, was er sagte, dass er meint, jede Antwort, die sie (Kaiser und Kanzler) geben könnten, müsse notwendig einen Teil des Feldzugsplans für den Fall eines entstehenden Krieges enthüllen, und er war deshalb sehr zweifelhaft, ob sie überhaupt eine Antwort geben würden). (Blaubuch No. 122.) Dieser Bericht Goschens ist am 31. Juli in Berlin spät abends abgegangen und laut Vermerk im englischen Blaubuch am 1. August im Foreign Office eingegangen.

Das englische Echo folgte prompt. Bereits die nächste Nummer des Blaubuchs (123) enthält eine Mitteilung Greys an Goschen vom 1. August, laut welcher Sir Edward dem Fürsten Lichnowsky sagte, die Antwort der deutschen Regierung betreffend die belgische Neutralität sei für ihn ein Gegenstand sehr grossen Bedauerns (a matter of very great regret), denn die Neutralität Belgiens berühre das Gefühl Englands (affected the feeling in this country). Wenn Deutschland zu antworten vermöge, wie Frankreich geantwortet habe, so würde dies wesentlich dazu beitragen, die Aengstlichkeit und Spannung (tension) in England zu erleichtern. Andererseits, wenn ein Kriegführender die belgische Neutralität verletze, während der andere sie achte, werde es äusserst schwierig sein, das öffentliche Fühlen in England zurückzuhalten. Fürst Lichnowsky stellte die Gegenfrage, ob im Falle einer Verpflichtung Deutschlands, die belgische Neutralität zu achten, England sich seinerseits zur Neutralität verpflichten wolle. Grey wich aus, behauptete, die Hände der englischen Regierung seien noch frei und sie sei im Begriff zu überlegen, was sie zu tun habe. Er könne nur sagen, dass ihre Haltung in weitem Umfang durch die öffentliche Meinung bestimmt werde, für welche die Neutralität Belgiens ein starkes Moment sei. Aber er sei nicht der Meinung, dass allein auf Grund dieser Bedingung England seine Neutralität zusagen könne. Der Fürst Lichnowsky stellte darauf die dringende Frage, ob Grey nicht die Bedingungen formulieren könne, unter denen England neutral bleiben werde. "He even suggested that the integrity of France and her colonies might be guaranteed." (Er regte sogar an, dass die Integrität Frankreichs und seiner Kolonien garantiert werden könnte.) Aber Grey hatte darauf nur die Antwort: "I felt obliged to refuse definitely any promise to remain neutral on similar terms, and

I could only say that we must keep our hands free“ (ich fühlte mich verpflichtet, endgültig jedes Neutralitätsversprechen auf Grund solcher Bedingungen abzulehnen, und ich könne nur sagen, dass wir unsere Hände frei zu halten wünschten). Also Sir Edward Greys eigener Bericht über diese Unterhaltung vom Morgen des 1. August.

Deutschland ist in seinen Zugeständnissen, durch die es die englische Neutralität ermöglichen wollte, sogar noch weiter gegangen. Der Reichskanzler hat am 4. August 1914 im Reichstag mitgeteilt, er habe der englischen Regierung angeboten, „dass, solange sich England neutral verhält, unsere Flotte die Nordküste Frankreichs nicht angreifen wird“; er hat hinzugefügt, „dass, solange England neutral bleibt, wir auch bereit wären, im Falle der Gegenseitigkeit keine feindlichen Operationen gegen die französische Handelsschiffahrt vorzunehmen.“

Das englische Blaubuch erwähnt von diesen Zugeständnissen kein Wort. Es entsteht die Frage, ob dieses Zugeständnis von Sir Edward Grey überhaupt zur Kenntnis des Kabinetts gebracht worden ist. Dass die Unterlassung nicht beim deutschen Botschafter in London gelegen haben kann, geht aus dem französischen Gelbbuch (No. 144) hervor; dort berichtet Paul Cambon unter dem 3. August, der deutsche Botschafter habe eine Mitteilung an die Presse versandt, besagend, dass, wenn England neutral bleibe, Deutschland auf jede Flottendemonstration verzichten und sich der belgischen Küste nicht als Stützpunkt bedienen werde (*l'Allemagne renoncera à toute opération navale et ne se servira pas des côtes belges comme point d'appui*).

Deutschland hatte also für die Neutralität Englands die Integrität Belgiens, Frankreichs und seiner Kolonien, ausserdem den Verzicht auf jede Flottenaktion gegen die französische Küste und die französische Schiffahrt angeboten; aber auch um diesen Preis, und auch nicht um irgend einen anderen, wie Sir Edward klar heraus sagte, war die englische Neutralität zu haben. „England will seine Hände freihalten“ hiess aus der Sprache des Cant in die Sprache der Aufrichtigkeit übersetzt: England ist gegenüber Frankreich bereits gebunden.

Am Tage der formellen und kategorischen Ablehnung der Neutralität unter irgendwelchen Bedingungen (1. August) machte Sir Edward Grey an Paul Cambon folgende Eröffnung (Gelbbuch No. 126):

Er werde das Kabinett mit der ungenügenden Antwort Deutschlands in Sachen der Neutralität Belgiens befassen und die Ermächtigung verlangen, am Montag (3. August) im Unterhaus zu sagen, die britische Regierung werde eine Verletzung der belgischen Neutralität nicht dulden. Ausserdem

seien die britischen Geschwader mobilisiert, und er wolle seinen Kollegen eine Erklärung vorschlagen, dahin gehend, dass die britische Flotte die Durchfahrt der deutschen Flotte durch den Kanal oder — wenn diese Durchfahrt gleichwohl gelingen sollte — jede Demonstration an der französischen Küste verhindern werde.

Es ist nicht anzunehmen, dass es in England üblich ist, dass der Staatssekretär des Aeussern Anträge von weltgeschichtlicher Tragweite, die er im Kabinettsrat zu stellen gedenkt, vorher dem Vertreter einer interessierten auswärtigen Macht mitteilt und auf diese Weise die Politik seines Landes engagiert, ehe das Kabinett gesprochen hat. Ein solches Verhalten ist um so auffallender, wenn es sich um Beschlüsse handelt, gegen deren Tendenz im Schosse des Kabinetts bisher ein erfolgreicher Widerstand sich geltend gemacht hat. Wenn gleichwohl Sir Edward Grey am Vormittag des 1. August die oben mitgeteilten, dem Kabinett vorgreifenden Eröffnungen machte, so hat er für sich allerdings die Entschuldigung, dass er damit Frankreich gegenüber keine stärkere Verpflichtung übernahm, als er sie schon vorher übernommen hatte.

Immerhin ist bezeichnend, dass das englische Blaubuch keine Mitteilung Sir Edward Greys über diese Unterhaltung mit Paul Cambon an den britischen Botschafter in Paris enthält, während Paul Cambon nicht verfehlte, an seine Regierung alsbald zu berichten.

In Paris war man auf Grund der im englischen Kabinett zutage getretenen Widerstände so ängstlich geworden, dass der dortige englische Botschafter am Abend des 31. Juli nach London telegraphierte, der französische Minister des Auswärtigen sei „urgently anxious as to what the attitude of England will be in the circumstances, and begs an answer may be made by His Majesty's Government at the earliest moment possible (der französische Minister des Auswärtigen sei dringend ängstlich, was die Haltung von England bei dieser Sachlage sein werde, und bittet, dass die britische Regierung eine Antwort so rasch wie möglich geben möge). (Blaubuch No. 124.)

Die Antwort war die ungewöhnliche Eröffnung Sir Edward Greys an Paul Cambon am Morgen des 1. August.

Jetzt war Frankreich beruhigt, und ohne die deutsche Mobilmachung abzuwarten, verfügte die französische Regierung am 1. August, 3⁴⁰ Uhr Nachmittags, die allgemeine Mobilmachung der französischen Armee. (Blaubuch No. 136.)

Am folgenden Tage, Sonntag, den 2. August, machte Sir Edward Grey dem französischen Botschafter eine Eröffnung, die er am 3. August in folgender, etwas präziserer Form wiederholte:

„Dans le cas où l'escadre allemande franchirait le détroit ou remonterait la Mer du Nord pour doubler

les îles britanniques, dans le but d'attaquer les côtes françaises ou la marine de guerre française et d'inquiéter la marine marchande française, l'escadre anglaise interviendrait pour prêter à la marine française son entière protection, en sorte que, dès ce moment, l'Angleterre et l'Allemagne seraient en état de guerre." (Falls das deutsche Geschwader in den Kanal einfahren oder die Nordsee passieren sollte, um die britischen Inseln zu umschiffen, in der Absicht, die französischen Küsten oder die französische Kriegsflotte anzugreifen und die französische Handelsflotte zu beunruhigen, würde das englische Geschwader eingreifen um der französischen Marine seinen Schutz zu gewähren, in der Art, dass von diesem Augenblick an England und Deutschland sich im Kriegszustand befinden würden. (Gelbbuch No. 143).

Bei der erstmaligen Abgabe der Erklärung fühlte sich Sir Edward Grey verpflichtet, folgende Erläuterung zu geben: die englische Regierung habe sehr weite Fragen und schwierige Ausgangspunkte in Betracht zu ziehen und sie fühle, dass sie sich nicht binden könne, Deutschland notwendigerweise den Krieg zu erklären, wenn zwischen Frankreich und Deutschland der Krieg ausbreche; aber es sei wichtig für die französische Regierung, deren Flotte seit langem im Mittelländischen Meer konzentriert sei, zu wissen, wie sie ihre Dispositionen wegen ihrer gänzlich unverteidigten Nordküste zu treffen habe. Deshalb habe sich die britische Regierung für verpflichtet gehalten, die mitgeteilte Erklärung zu geben. Diese Erklärung verpflichte England nicht, in den Krieg mit Deutschland einzutreten, wenn nicht die deutsche Flotte die in der Erklärung ins Auge gefassten Aktionen unternahme. (Blaubuch No. 148).

Dieser Kommentar zeigt, in welchem Mass die formell nicht bindenden Abmachungen zwischen Frankreich und England materiell Verpflichtungen darstellten. Nur auf Grund des zwischen den englischen und französischen militärischen und maritimen Autoritäten verabredeten Operationsplanes, der für den Kriegsfall die Handlungsfreiheit der beiden Regierungen nicht binden sollte, war die französische Flotte im Mittelmeer konzentriert worden. Jetzt fühlte sich das britische Kabinett durch diese Konzentration gezwungen, den Schutz der französischen Nordküste und der französischen Handelsflotte zu übernehmen und dieserhalb eventuell in den Kriegszustand gegenüber Deutschland einzutreten.

Wenn also in der Zeit vom 2. bis 4. August deutsche Kriegsschiffe sich hätten beikommen lassen, sei es die Strasse von Calais zu passieren, sei es durch die Nordsee zu fahren, so wäre es, da man von englischer Seite hinter einer solchen Operation ohne weiteres die Absicht, die französische Küste oder Flotte anzugreifen oder zum mindesten die französische

Handelsflotte zu beunruhigen, vermutet hätte, zu einer sofortigen Aktion der englischen Flotte und zum Kriegszustand zwischen Deutschland und England gekommen, lediglich auf Grund der Konsequenzen, die das britische Kabinett aus der angeblich zu nichts verpflichtenden Entente mit Frankreich sich zu ziehen gezwungen glaubte; dies ganz unabhängig von Deutschlands Haltung zur belgischen Neutralität.

Aber die belgische Neutralität blieb als möglicher Ausgangspunkt für den Krieg, in den die Majorität des englischen Kabinetts glaubte eintreten zu müssen, für den aber der Vorwand erst noch konstruiert werden musste, in Reserve. Zwar sprach Grey am 3. August gegenüber Cambon nur von dem Auslaufen der deutschen Flotte als *casus belli*, während er die belgische Neutralität überhaupt nicht erwähnte; dagegen hatte er sich in der Unterhaltung vom 2. August dahin geäußert, dass das Kabinett sich noch überlege, welche Erklärungen es am Tage darauf im Parlament abgeben solle und ob es die Verletzung der belgischen Neutralität als *casus belli* erklären solle. (Blaubuch No. 148.) Grey war also mit seinem am 1. August dem französischen Botschafter angekündigten Antrag, England werde die Verletzung der Neutralität Belgiens nicht dulden, im Kabinettsrat noch nicht durchgedrungen.

Man mag nachträglich bedauern, dass es in jener Zeit nicht zu einem Ausfahren deutscher Kriegsschiffe und daraufhin zu einer feindlichen Aktion der englischen Flotte gekommen ist. Das Märchen, dass England lediglich durch die Verletzung der Neutralität Belgiens von seiten Deutschlands gezwungen worden sei in den Krieg einzutreten, hätte dann nicht aufkommen können.

Wie die Dinge sich entwickelten, wurde der von den massgebenden Leitern der englischen Politik bereit gehaltene zweite Kriegsvorwand akut. Die deutsche Regierung sah sich auf Grund der sattsam bekannten Verhältnisse genötigt, von Belgien die Gestattung des Durchmarsches der deutschen Truppen zu verlangen. Der König der Belgier wandte sich an den König von England mit der Bitte um diplomatische Unterstützung, um die Integrität Belgiens zu sichern. Die englische Regierung verlangte daraufhin von der deutschen Regierung eine sofortige Erklärung über die Respektierung der belgischen Neutralität (Blaubuch No. 153). Der deutsche Botschafter machte einen letzten Versuch, indem er der englischen Regierung den Text eines Telegramms des Auswärtigen Amtes mitteilte, in dem er ersucht wurde, in der positivsten Form die Erklärung zu wiederholen, dass selbst im Falle eines bewaffneten Konflikts Deutschland unter keinem Vorwand irgendwelcher Art belgisches Territorium annectieren werde. Es hiess in diesem Telegramm weiter: "Please impress upon Sir E. Grey that

German army could not be exposed to French attack across Belgium, which was planned according to absolutely unimpeachable information“ (bitte bei Sir Edward Grey nachdrücklich darauf hinzuweisen, dass die deutsche Armee nicht irgendeinem französischen Angriff über Belgien, der nach absolut unfehlbaren Informationen geplant ist, ausgesetzt werden darf) (Blaubuch No. 157).

Auch dieser letzte Versuch scheiterte. Die englische Regierung stellte noch am Abend des 4. August ein um Mitternacht ablaufendes Ultimatum, zu einer Zeit, als deutsche Truppen die belgische Grenze bereits überschritten hatten. Der Krieg mit England war da!

Dass England in den Krieg auch ohne jede Verletzung der belgischen Neutralität durch Deutschland eingetreten wäre, bedarf noch der im Vorstehenden dargestellten Entwicklung der französisch-englisch-deutschen Verhandlungen in der kritischen Woche keines weiteren Beweises. Die verantwortlichen Leiter der englischen Politik hatten England auf Grund der formell zu nichts verpflichtenden Entente mit Frankreich in den seit der Ueberreichung der österreichisch-ungarischen Note an Serbien verflossenen Tagen so stark für ein sofortiges bewaffnetes Eingreifen an der Seite Frankreichs engagiert, dass nur um den Preis des Sturzes des britischen Kabinetts und um den Preis des Vorwurfs der Perfidie England dem Krieg hätte fern bleiben können.

Dass die Leute, die England in diese Lage geführt hatten, ihre Rechnung dabei fanden, den Vorwand der Verletzung der belgischen Neutralität, von dem sie sich eingestandenermassen eine starke Wirkung auf die öffentliche Meinung versprachen, nach Kräften zur Deckung der eigenen Verantwortlichkeit auszunutzen, steht auf einem anderen Brett. Wie unaufrichtig dieser Vorwand war, ist oft genug nachgewiesen worden. Es sei in dieser Beziehung auf die in Brüssel von den deutschen Behörden beschlagnahmten Dokumente aufmerksam gemacht, aus denen sich ein Zusammenwirken der belgischen und englischen Militärbehörden ergibt, das dem das Wesen der französisch-englischen Entente ausmachenden Zusammenwirken der beiden General- und Admiralstäbe durchaus entspricht. Wenn in bezug auf das englisch-belgische militärische Einverständnis von England die heuchlerische Ausrede gebraucht wird, die getroffenen Vereinbarungen hätten sich lediglich auf den Eventualfall einer Verletzung der belgischen Neutralität durch Deutschland bezogen und an sich keinerlei die Politik der beiderseitigen Regierungen verpflichtende Kraft gehabt, so ist dieser Einwand genau so viel und so wenig wert wie die gleiche Behauptung, die von englischen Staatsmännern seit einem Jahrzehnt vor dem Parlament und der Oeffentlichkeit in bezug auf den

Charakter der französisch-englischen Entente immer wieder aufgestellt worden ist. Im Falle Belgien jedoch wird das Verhältnis ganz besonders deutlich illustriert. Unter den beschlagnahmten Papieren befindet sich eine Aufzeichnung von der Hand des Grafen von der Straaten, Direktors im belgischen Ministerium des Aeussern, über eine Unterredung des englischen Militärattachés in Brüssel, Oberstleutnant Bridges, mit dem belgischen Generalstabschef, General Jungbluth, vom 23. April 1912. In dieser Unterredung erklärte nach der Niederschrift des Grafen von der Straaten der Oberstleutnant Bridges:

„Die englische Regierung hätte während der letzten Ereignisse (Marokkokrisis) unmittelbar eine Landung bei uns (in Belgien) vorgenommen, selbst wenn wir keine Hilfe verlangt hätten.“

„Der General hat eingewandt, so heisst es in der Niederschrift weiter, dass dazu unsere Zustimmung notwendig sei.“

„Der Militärattaché hat geantwortet, dass er das wisse; aber da wir nicht imstande seien, die Deutschen abzuhalten, durch unser Land zu marschieren, so hätte England seine Truppen in Belgien auf jeden Fall gelandet.“

Dass hiergegen von belgischer Seite eine Einwendung oder ein Vorbehalt gemacht worden sei, geht aus der Notiz des Grafen von der Straaten nicht hervor.

Die Unverletzlichkeit der Neutralität Belgiens, um deretwillen England angeblich in den Krieg eingetreten ist, war England hiernach im Jahre 1912 entschlossen gewesen über Bord zu werfen, ohne mit der Wimper zu zucken. Belgien selbst hatte durch die militärischen Abmachungen mit England seine Neutralität auf das schwerste kompromittiert. Wenn England trotzdem die Welt glauben machen will, dass es zum Schutz der Neutralität Belgiens das Schwert gezogen hat, so spielt es die Rolle des Verführers, der die von ihm verführte Unschuld zu schützen vorgibt.

Aus den von den Dreiverbandsregierungen veröffentlichten Dokumenten ergeben sich also die folgenden Grundzüge der Entstehungsgeschichte des europäischen Krieges:

1) Russland hat den Krieg herbeigeführt durch seine am 31. Juli angeordnete allgemeine Mobilmachung, die — wie den russischen Staatsmännern auf das genaueste bekannt war — für Deutschland den Krieg unvermeidlich machte.

2) Alle Vorwände, die von der russischen Regierung für die allgemeine Mobilmachung gegeben werden, sind hinfällig. Weder österreichisch-ungarische noch deutsche militärische Massnahmen können die allgemeine russische Mobilmachung begründen. Die russische Regierung hat vielmehr den Befehl zur allgemeinen Mobilmachung erlassen, unmittelbar nachdem auf Grund der Einwirkung des Deutschen Kaisers in Wien Oesterreich-Ungarn sich in dem serbischen Konflikt zu einer

entscheidenden Nachgiebigkeit entschlossen und diesen Entschluss dem russischen Botschafter in Wien mitgeteilt hatte. Russland hat also durch die allgemeine Mobilmachung den Krieg heraufbeschworen in einem Augenblick, in dem die Hoffnung auf Erhaltung des Friedens durch einen versöhnlichen Schritt Oesterreich-Ungarns wieder auflebte.

3) Russland war nach seiner eigenen Erklärung von Anfang der Krisis an entschlossen, alle Risiken eines Krieges auf sich zu nehmen, wenn es der Hilfe Frankreichs sicher sei. Die Zusage der unbedingten Waffenhilfe Frankreichs hat Russland am 29. Juli Abends erhalten, aller Wahrscheinlichkeit nach verbunden mit der Mitteilung, dass Frankreich England an seiner Seite haben werde.

4) Frankreich hat eine Zusage der unbedingten Waffenhilfe für Russland erst gegeben, nachdem die französische Regierung der Mitwirkung Englands versichert zu sein glaubte. Die Gewissheit der Waffenhilfe Englands erhielt die französische Regierung durch die Eröffnung, die der britische Staatssekretär des Auswärtigen am Vormittag des 29. Juli dem französischen Botschafter über die von ihm beabsichtigte Absage an den deutschen Botschafter gemacht hatte.

5) Die für die Politik Englands massgebenden Persönlichkeiten waren durch die Entente mit Frankreich von vornherein innerlich gebunden und sind im Laufe der kritischen Woche, wenn sie nicht vorher bereits entschlossen waren, zu dem Entschluss gekommen, unter allen Umständen bei einer Verwicklung Frankreichs in den Krieg einzugreifen.

6) Die für die englische Politik massgebenden Personen waren ferner der durchaus zutreffenden Ansicht, dass ein Krieg aus Anlass der serbischen Frage nicht die Billigung der öffentlichen Meinung finden werde. Deshalb richteten sie ihre Anstrengungen darauf, einen für die englische öffentliche Meinung annehmbaren Kriegsvorwand zu finden. Als solcher bot sich die Verletzung der belgischen Neutralität, die jahrelang vorher von Belgien selbst kompromittiert war und deren Achtung für den Ernstfall nach den eigenen Erklärungen des englischen Militärattachés in Brüssel seitens des englischen Generalstabes nicht beabsichtigt war.

7) Wie sehr die Verletzung der belgischen Neutralität durch Deutschland für das britische Kabinett nur ein Vorwand war, ergibt sich daraus, dass vor der Stellung des englischen Ultimatus an Deutschland wegen Belgiens der englische Staatssekretär des Auswärtigen dem französischen Botschafter formell erklärt hatte, dass England das Durchfahren des Kanals oder der Nordsee durch die deutsche Flotte als *casus belli* behandeln werde.

Auf Grund dieser unbestreitbaren, durch die offiziellen Veröffentlichungen der Dreiverbandsregierungen selbst bestätigten Zusammenhänge

wird vor dem Richterstuhl der Geschichte die Behauptung, dass Deutschland den Krieg gewollt und verursacht habe, in nichts zerfallen. Russland ist als der Brandstifter, Frankreich und England sind als die Mitschuldigen erwiesen.

Es liegt nicht im Rahmen dieser Darstellung, in den Grund der verhängnisvollen Verkettung von Einzelvorgängen und Einzelhandlungen hinabzusteigen, die in den Tagen vom 24. Juli bis zum 4. August den grössten und blutigsten Krieg der Weltgeschichte heraufbeschworen haben. Es genüge die Andeutung, dass diese Einzelvorgänge und Einzelhandlungen, dass die Worte eines Grey, eines Cambon und Sazonoff, dass die Handlungen des Ersten Lords der britischen Admiralität und des russischen Generalissimus — Worte und Handlungen, die an sich gegenüber der grossen Menschheitstragödie klein erscheinen mögen — nur die in der entscheidenden Zeit an die Oberfläche getretenen Manifestationen der Kräfte sind, deren Walten die Weltgeschichte unserer Zeit ausmacht:

Bei Russland der Drang nach der Vorherrschaft im nahen Orient, doppelt stark seit der Niederlage im Krieg mit Japan. und entschlossen, bei Aussicht auf Erfolg jeden Widerstand der Zentralmächte gewaltsam zu brechen.

Bei Frankreich die verhängnisvolle Orientierung der Gesamtpolitik nach dem negativen Pol des mit Furcht gepaarten unversöhnlichen Revanchedurstes, auslaufend in die immerwährende Bereitschaft, mit jedem starken Gegner Deutschlands gegen uns zu marschieren.

Bei England der Handelsneid gegen jede aufstrebende Wirtschaft, dazu die instinktive Gegnerschaft zur stärksten Kontinentalmacht und die Tradition der gewaltsamen Unterdrückung jedes kontinentalen Strebens nach Seegeltung.

Diese heterogenen Kräfte haben das Netzwerk der Entente gesponnen, das der kleinen Minderheit der den Krieg entschlossen Wollenden zum furchtbaren Werkzeug wurde, und in dem die große friedliche Mehrheit der Völker Russlands, Frankreichs und Englands sich rettungslos verfangt: Russlands Stellungnahme zu Oesterreich-Ungarn in der serbischen Frage stellte die Entente vor die entscheidende Belastungsprobe; es ist kein Zweifel, dass ein Wort der Weigerung Frankreichs genügt hätte, die Kriegspartei in Russland niederzuhalten; es ist zum mindesten sehr wahrscheinlich, dass ein Wort der Weigerung Englands Frankreich zurückgehalten haben würde; es ist unbedingt sicher, dass jedes Wort der Ermutigung von seiten Englands den Kriegsparteien in Frankreich und Russland das Uebergewicht verschaffen musste. Auf der anderen Seite ist ebenso gewiss, dass ein Sich-Entziehen Frankreichs oder Englands, möchte das Beiseitestehen in den Verträgen und Absprachen noch so sehr seine formelle Berechtigung finden, das dreifache Ein-

vernehmen gesprengt und eine Neuorientierung der gesamten europäischen Politik zur Folge gehabt hätte, eine Neuorientierung, die nicht zu einer Vorherrschaft eines einzelnen Staates hätte führen müssen, bei der vielmehr jede Macht zu ihrem Recht hätte kommen können.

In der Wahl zwischen der Erhaltung der Entente und Erhaltung des Weltfriedens haben die leitenden britischen und französischen Staatsmänner, durch langjähriges eigenes Tun und Reden innerlich unfrei und befangen, unter dem Druck der kriegslüsternden Cliques den Weltfrieden der Entente geopfert und den überragenden Teil der öffentlichen Meinung ihrer Länder durch die Berufung auf die Heiligkeit der geschriebenen und ungeschriebenen Verträge mit sich fortgerissen.

Diese Verflechtung von Schuld und Verhängnis im einzelnen klarzustellen und darzulegen, wird dereinst die grosse Aufgabe der Geschichtsschreiber unserer Zeit sein.



